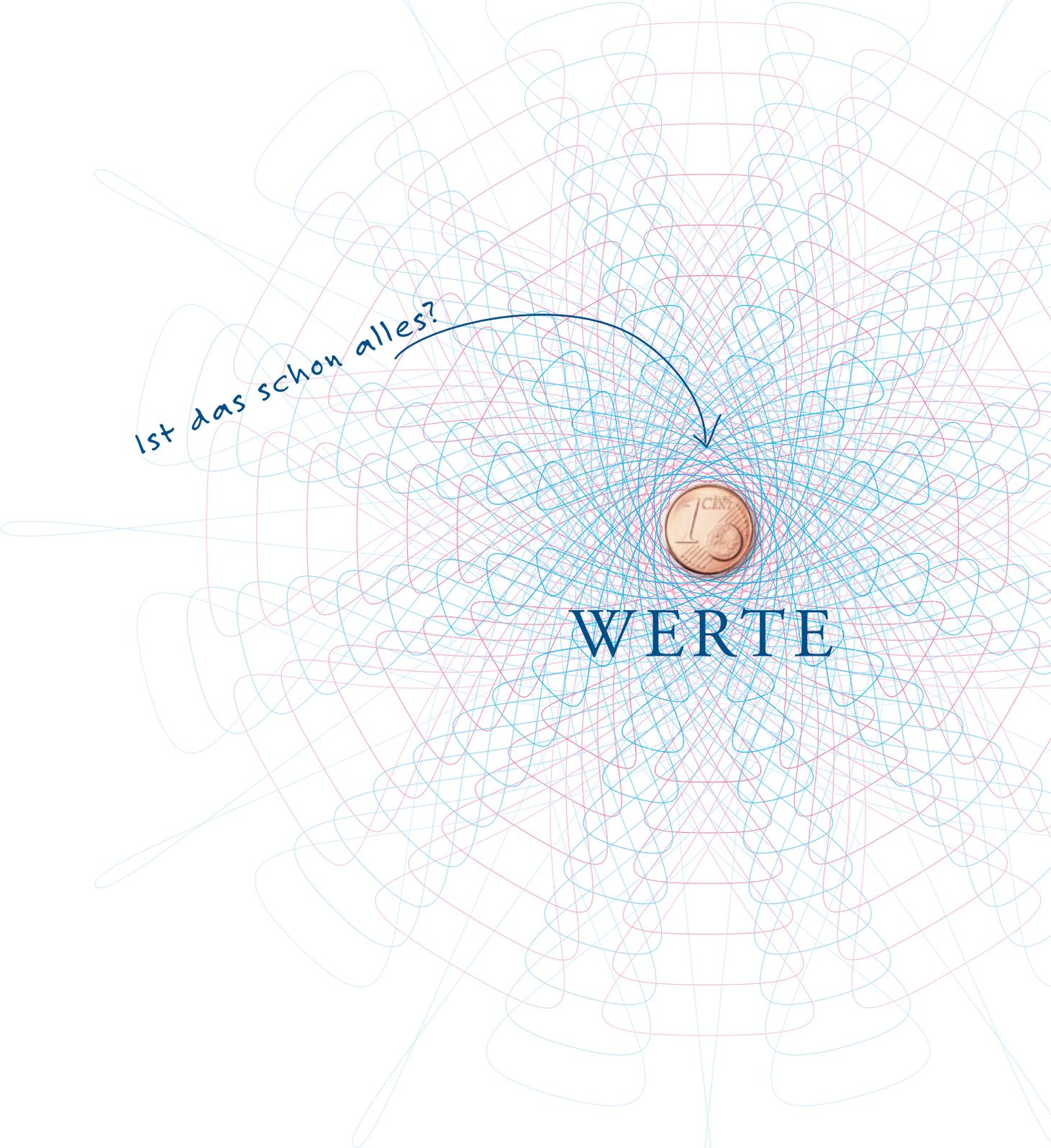


*Ist das schon alles?*



**WERTE**

»In einer Welt voller Unsicherheit muß man eine Menge Dinge ausprobieren.  
Man kann nur hoffen, daß einige davon funktionieren.«

*(Douglass C. North, 1990)*

»Menschen mit ähnlichen Fähigkeiten sollten ähnliche Lebenschancen haben.«

*(John Rawls, 1971)*

»Wer an die Freiheit glaubt, muss auch die Freiheit des  
Einzelnen zur Begehung von Fehlern bejahen.«

*(Milton Friedman, 1962)*

»Die Lösung liegt nicht in einer Division, sondern in der Multiplikation  
des Sozialprodukts.«

*(Ludwig Erhard, 1957)*

»Economics cannot try to cover every fact of the universe.«

*(Paul A. Samuelson, 1948)*

»Der Kapitalismus ist also von Natur aus eine Form oder Methode der  
ökonomischen Veränderung und ist nicht nur nie stationär, sondern  
kann es auch nie sein.«

*(Joseph A. Schumpeter, 1942)*

»Wenn Ersparnis die Pille und Verbrauch die Marmelade ist, muss die  
Extramarmelade der Größe der zusätzlichen Pille angepasst werden.«

*(John Maynard Keynes, 1936)*

# Wissen braucht Substanz.

## 5 Jahre HWWI – über 100 Jahre Wirtschaftsforschung in Hamburg

# INHALT

Seite 5 Editorial

## BANKERTRAG UND BEVÖLKERUNGSDYNAMIK

Seite 6 Demografischer Wandel – ein Problem für deutsche Sparkassen?

## INTERVIEW MIT VOLKER SCHWARZ

Seite 10 »Langfristiges Denken verleiht mehr Sicherheit«

## WACHSEN MIT WEITSICHT

Seite 12 Reich und sexy? Hamburg setzt auf Kreativwirtschaft

## INTERVIEW MIT FRANK LEMLOH

Seite 17 »Das Wettringen um die kreative Klasse geht weiter«

## EINBÜRGERUNG UND INTEGRATION

Seite 19 Deutschland ist ein Zuwanderungsland

## INTERVIEW MIT IAN K. KARAN

Seite 23 »Wer die Sprache nicht richtig lernt, der ist nur Zaungast«

## KINDER, KÜCHE, KIRCHE – KARRIERE?

Seite 26 Zum Einfluss der gesellschaftlichen Normen  
auf die Erwerbstätigkeit der Frauen

## INTERVIEW MIT MANUELA BADUR

Seite 30 »Die Erwerbsbeteiligung von Frauen wird aufgrund ökonomischer  
Notwendigkeiten und kulturellem Wandel weiter steigen«

Seite 32 5 Jahre HWWI

QUALIFIKATORISCHE TRENNUNG IN DER PRODUKTION

Seite 34 Ein Nachteil für gering qualifizierte Beschäftigung?

INTERVIEW MIT HEIKO SCHWARZ

Seite 39 »Wir setzen auf Nachwuchs aus den eigenen Reihen«

MYTHOS PLANWIRTSCHAFT

Seite 41 Vom Scheitern der DDR aus ordnungsökonomischer Sicht

INTERVIEW MIT PROF. DR. DAGMAR SCHIPANSKI

Seite 45 »Die Hypothek der DDR:  
Die Soziale Marktwirtschaft erbt einen Bankrott«

---

IMPRESSUM	HWWI INSIGHTS – Das Magazin für Freunde und Förderer des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI)
Herausgeber	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut gemeinnützige GmbH (HWWI), Heimhuder Straße 71, 20148 Hamburg
Redaktion & HWWI-Autoren	Gunnar Geyer, Stefan Kolev, Elzbieta Linke, Marco Oestmann, Friso Schlitte, Max Friedrich Steinhardt, Andreia Tolciu, Jan Wedemeier
Externe Autoren	Manuela Badur, Ian K. Karan, Frank Lemloh, Dagmar Schipanski, Heiko Schwarz, Volker Schwarz
Konzept & Gestaltung	B&E BILD&ERNTE, Hamburg Uwe Bohle Janßen, Hubert Rickert, Johanna Hartweg
Illustrationen	Christian Reinken
Druck & Herstellung	reset. Grafische Medien GmbH, Hamburg Gedruckt auf RÖMERTURM DRUCKFEIN.

Wir danken der Gesellschaft der Freunde und Förderer des HWWI gGmbH e.V. für die Unterstützung bei dieser Veröffentlichung.

# EDITORIAL

Ja, das Jahr 2009 war schwierig. Auch das HWWI konnte sich nicht von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung abkoppeln. Dank der großartigen Unterstützung und Förderung einer Vielzahl von langfristigen Partnern, Mäzenen, Sponsoren und Freunden waren wir dennoch in der Lage, eine Reihe interessanter Fragestellungen zu bearbeiten und Forschungsprojekte zu realisieren. Für diese Treue – auch in schwierigen Zeiten – bedanken wir uns herzlich. Wir hoffen, dass wir auch weiterhin auf dieses für uns unverzichtbare Engagement von Ihnen allen zählen dürfen.

HWWI Insights will Sie mit unseren Ideen, unserer Forschung vertraut machen. Die diesjährige Ausgabe unseres Flaggschiffs wurde von jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern erstellt. Dies hat eine ganz besondere Dynamik und einen ganz besonderen Spaß im Redaktionsteam hervorgebracht. Die Autorinnen und Autoren haben entweder vor Kurzem erfolgreich ihre Promotion abgeschlossen oder werden dies im Laufe des Jahres 2010 – und sicherlich auch mit Erfolg! – tun. Entsprechend sind die Artikel in ihrer Schreibweise wissenschaftlicher geworden. Klar, wenn eine Doktorandin / ein Doktorand in Mitten der finalen Arbeiten des Promotionsverfahrens gefragt wird, einen zweiseitigen Artikel für das HWWI Insights zu schreiben, fällt es nicht leicht, vom wissenschaftlichen Schreibstil auf anwendungsorientierte Formulierungen umzu-

schwenken. Somit hat sich für die Redaktion die Gelegenheit ergeben, jeden Text durch ein Interview mit einer Praktikerin / einem Praktiker zu verbinden. Wenn Sie aus der Gesamtschau, Artikel plus Interview, zur Erkenntnis gelangen, diese Nachwuchswissenschaftlerin / dieser Nachwuchswissenschaftler verdient eine besondere Förderung, zögern Sie nicht. Sei es durch das Ausloben eines Forschungsstipendiums, oder sei es, indem Sie an uns herantreten und sagen: »Dieses Thema hat Potenzial, da müsste noch viel mehr geforscht werden!«. Außerdem ist es wichtig zu erwähnen, dass alle unsere Doktorandinnen und Doktoranden eine kumulierte Dissertation geschrieben haben bzw. schreiben. Dies bedeutet, dass die hier vorgestellten und analysierten Themen nur einen Teil der Arbeit im Rahmen des Promotionsverfahrens darstellen. Die Autorinnen und Autoren haben sich somit noch mit vielen anderen Aspekten ihres Themas intensiv befasst.

Seit nunmehr fünf Jahren gibt es das HWWI. Wir haben unseren Platz gesucht und gefunden. Einen Platz muss man behaupten. Insofern ruhen wir uns nicht auf den erfolgreichen, wie Sie der Chronik in diesem Heft entnehmen können, ersten fünf Jahren aus. Im Gegenteil: Wir nutzen den Rückblick, unsere Erfahrungen und unsere Position, um bereits am »HWWI 2015« zu arbeiten. Das HWWI Insights wird diese Entwicklung widerspiegeln. Wir wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre!



Prof. Dr. Thomas Straubhaar  
Direktor und Sprecher der Geschäftsführung



Gunnar Geyer  
Geschäftsführer

---

Wir legen sehr großen Wert auf Transparenz. Die Geschäftsberichte des HWWI mit allen betriebswirtschaftlichen Kennziffern finden Sie auf unserer Webseite: [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org).



# BANKERTRAG UND BEVÖLKERUNGS- DYNAMIK

## Demografischer Wandel – Ein Problem für deutsche Sparkassen?

Text: Marco Oestmann

Wir alle kennen die Schlagzeilen zu den Auswirkungen des demografischen Wandels. Die Prognosen scheinen in der Regel düster: Krankenversicherung – in der heutigen Form vermutlich nicht mehr bezahlbar. Die Rente – welche Rente? Doch demografische Veränderungen werden nicht nur die sozialen Sicherungssysteme beeinflussen. Auch der Bankensektor steht im Zuge der zu erwartenden Bevölkerungsdynamik vor erheblichen Umwälzungen. Dies betrifft insbesondere die lokal tätigen Sparkassen, die hier im Fokus stehen, und in ähnlichem Ausmaß die Genossenschaftsbanken. Doch warum eigentlich? Und noch wichtiger: welche Auswirkungen auf die Ertragskraft der Regionalbanken sind zu befürchten?

Die 438 deutschen Sparkassen sind ein essentieller Bestandteil der deutschen Finanzwirtschaft. Sie bilden zusammen mit den zugehörigen Verbundinstitutionen eine Säule des dreigliedrigen deutschen Bankensystems und spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle für die regionale Entwicklung. Darüber hinaus sind die Sparkassen in der Fläche – trotz technologischer Neuerungen und Innovationen – bedeutend für die Versorgung der Bevölkerung und Unternehmen mit Finanzdienstleistungen. Eine stabile Ertragslage hat somit über rein betriebswirtschaftliche Effekte auch Konse-

quenzen für die Stabilität und Funktionsweise des Finanzsektors als Ganzes.

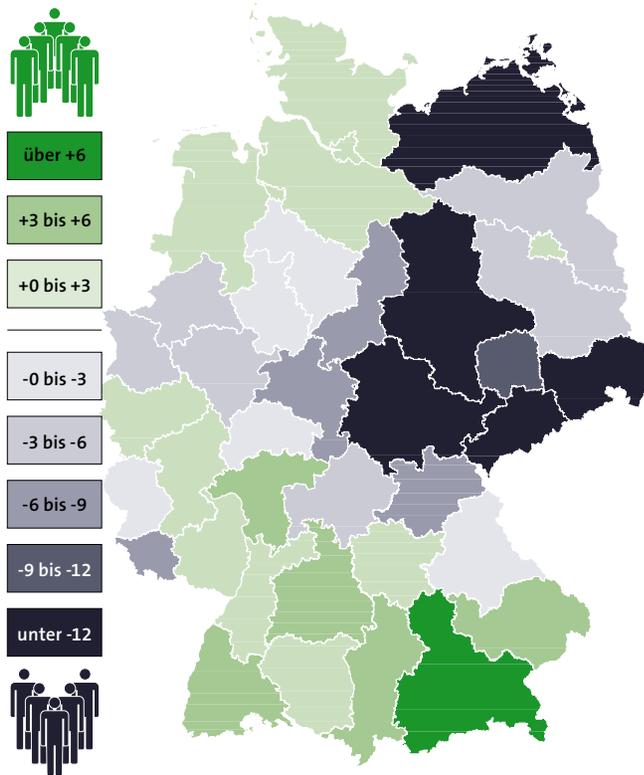
Bevor die Konsequenzen des demografischen Wandels für Sparkassen skizziert werden, lohnt sich zunächst ein Blick auf die aktuellen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung. Legt man die neueste Bevölkerungsprognose des BBSR zugrunde<sup>1</sup>, so stellt sich im Zeitraum 2006 bis 2025 in 21 von 39 deutschen NUTS II-Regionen<sup>2</sup> ein Bevölkerungsrückgang ein. Insgesamt reicht die Spannweite der Bevölkerungsentwicklung von -18,5 % in Sachsen-Anhalt bis zu einem Wachstum von 8,3 % in Oberbayern. Die Schrumpfungsprozesse, die, wie Abbildung 1 belegt, im Osten der Republik, im Saarland und den ehemaligen westdeutschen Zonenrandgebieten besonders ausgeprägt sind, gehen in der Regel mit einer starken Alterungsdynamik einher. So steigt das Durchschnittsalter in allen Regionen wegen der durchgängig niedrigen Geburtenraten und einer steigenden Lebenserwartung zum Teil deutlich an. Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen wächst signifikant. Tendenziell sind in städtischen, wirtschaftlich starken Regionen durch Wanderungsbewegungen Bevölkerungsgewinne und eine abgeschwächte Alterungsdynamik zu beobachten. Wirtschaftlich schwächere Gegenden und ländliche Regionen altern schneller und schrumpfen in der Regel.

Für die großen privaten Banken ist dieses Szenario erst einmal kein gravierendes Problem. Filialen in demografisch und ökonomisch schwachen Gebieten können bei Bedarf geschlossen und das Geschäft in ►

1) Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2009): Raumordnungsprognose 2025/2050. Berichte, Band 29, Bonn.

2) NUTS steht dabei für »Nomenclature des unités territoriales statistiques«, eine europäische Systematik zur Gebietsklassifikation. Im Wesentlichen werden die deutschen NUTS II-Regionen durch die aktuellen und ehemaligen Bezirke gebildet.

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung 2006-2025 (in %)



Quellen: BBSR (2009); HWWI 2010. Grafik: © B&E, BILD&ERNT

prosperierenden Regionen forciert werden. Auch verfü- gen große private Geschäftsbanken über eine Vielzahl von Möglichkeiten und Ressourcen, die Auswirkungen des demografischen Wandels im Privat- oder Firmen- kundengeschäft abzufedern. Hierzu zählt neben der weiteren Internationalisierung die Fokussierung auf an- dere ertragsstärkere Geschäftsfelder, wie zum Beispiel das *Investmentbanking*.

Bei Sparkassen sieht die Sache etwas anders aus. Aufgrund von gesetzlichen Restriktionen und Rege- lungen, die sich die Sparkassen beziehungsweise deren Träger selbst auferlegt haben, unterscheidet sich das Geschäftsmodell erheblich von dem einer privaten Ge- schäftsbank. Es gilt das sogenannte Regionalprinzip, nachdem das Geschäftsgebiet einer Sparkasse mit den administrativen Grenzen des kommunalen Trägers iden- tisch ist. Der Wettbewerb der Sparkassen untereinander wird somit unterbunden, räumliche Expansionen und Verlagerungsprozesse sind stark erschwert beziehungs- weise ausgeschlossen. Die Tätigkeit der Sparkassen ist nicht zuletzt deswegen in der Regel stark lokal verankert.

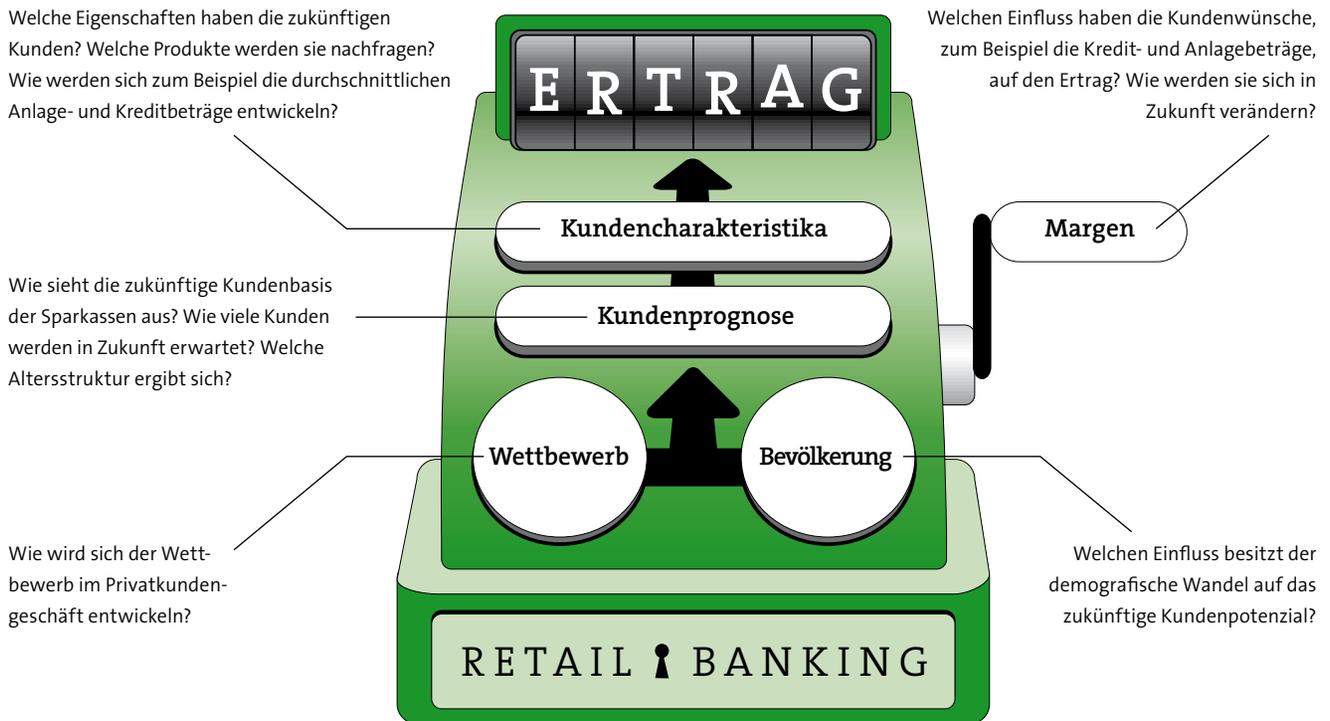
Geschäfte sollen vor allem der Region dienen. Als Konse- quenz sind Sparkassen sehr eng mit der wirtschaftlichen und demografischen Situation in ihrem Geschäftsgebiet verbunden. Sie leben zu einem bedeutenden Anteil vom Privat- und Firmenkundengeschäft in ihrer Heimatre- gion, mit der sie eine Art Schicksalsgemeinschaft bilden.

Man kann sich vor diesem Hintergrund leicht vor- stellen, dass für Sparkassen in schrumpfenden Regionen der Verlust an Kunden gravierende Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und Ertragskraft haben kann. Da zu- dem in schrumpfenden Gebieten das regionale Nachfrage- potenzial und das Arbeitskräfteangebot sinken, ergeben sich sehr wahrscheinlich für Institute, die in solch einem Umfeld tätig sind, zusätzlich auch negative Perspektiven im Geschäft mit den lokal ansässigen Unternehmen.

Um die Ertragswirkungen des demografischen Wan- dels auf den Sparkassensektor abschätzen zu können, wurde am HWWI in Kooperation mit der Technischen Universität Dresden ein neuartiges Prognosemodell ent- wickelt, das es erlaubt, die verschiedensten Herausfor- derungen im Privatkundengeschäft zu simulieren. Der Fokus dieses einzigartigen, integrierten Ansatzes liegt dabei auf der demografischen Entwicklung, aber auch andere Effekte, wie eine steigende Wettbewerbsinten- sität und veränderte Kundencharakteristika, können da- bei berücksichtigt werden. Die Kernkomponenten und die Struktur des Prognosemodells sind in Abbildung 2 dargestellt.

Erste Ergebnisse zeigen für ein *Status-quo*-Szenario, bei dem alle Einflussfaktoren mit Ausnahme der demo- grafischen Entwicklung konstant gehalten werden, für den Sparkassensektor als Ganzes bis 2025 ein Ertrags- wachstum in Höhe von fast 9 %. Sogar die ostdeutschen Sparkassen können in solch einem Szenario ihre Er- träge um fast 6 % steigern. Dieses zunächst etwas über- raschende Ergebnis kommt durch einen interessanten Effekt zustande. Es zeigt sich, dass der Ertrag pro Kunde fast stetig mit dem Alter ansteigt. Besonders mit be- tagten Kunden ist aufgrund höherer Vermögen und sehr konservativer Anlagestrategie überproportional viel Geld zu verdienen. Wenn die Kunden nun älter werden, steigt demzufolge der Pro-Kopf-Ertrag für die Sparkassen so stark an, dass selbst in Regionen mit erheblichen

**Abbildung 2: Simulationsmodell »Retail Banking«**



Quelle: HWWI 2010. Grafik: © B&E, BILD&ERNTE

Schrumpfungsprozessen zukünftig Gewinne erzielt werden können.

Unterstellt man jedoch eine größere zukünftige Wettbewerbsintensität und nimmt zusätzlich an, dass die Kunden noch stärker auf die Konditionen achten, also eine stärkere Preissensitivität an den Tag legen, so stellt sich die Situation etwas anders dar. In solch einem realistischen Szenario verlieren besonders die ostdeutschen Sparkassen erheblich an Ertragskraft (-18 %). Für den Sparkassensektor als Ganzes ergibt sich ein moderater Rückgang von gut 3 %. Betrachtet man regionale Auswirkungen, so existieren Regionen wie Sachsen-Anhalt oder der Regierungsbezirk Chemnitz, in denen fast ein Viertel des Ertrags wegbricht.<sup>3</sup>

3) Ausführliche Ergebnisse und weiterführende Betrachtungen finden sich in: Berlemann, M., Oestmann, M., Thum, M. (2010): Demographic Change and Bank Profitability – Empirical Evidence from German Savings Bank, CESifo Working Paper Series No 2911.

4) Bei einer umgekehrten Hypothek wird eine schuldenfreie Immobilie beliehen. Der Kredit wird in monatlichen Raten oder als Einmalbetrag ausbezahlt. Die Rückzahlung des Darlehens erfolgt am Laufzeitende, zum Beispiel durch den Verkauf der Immobilie.

Wie können die Sparkassen in demografisch kritischen Regionen mit diesen ernüchternden Ergebnissen umgehen? Zum einen ist es durchaus möglich, dass durch den Rückzug von Wettbewerbern aus der Fläche neue Potenziale für die Sparkassen entstehen. Die entstehende Lücke könnte durch die Sparkassen gefüllt werden, die schon allein aufgrund ihres öffentlichen Auftrags dort weiterhin präsent sein müssen. Hierzu ist es zum einen notwendig, sich den Bedürfnissen der zukünftig älteren Kundschaft anzupassen. Dies gilt in erster Linie hinsichtlich des Produktangebots aber auch bei der Betreuung. Erste Ansätze könnten hier zum Beispiel die Einführung einer sogenannten *Reverse Mortgage* (umgekehrten Hypothek)<sup>4</sup> oder spezielle Beratungskonzepte für sogenannte *Best Ager*, das heißt Kunden mit einem Alter über 50 Jahren, sein.

Zum anderen müssen Sparkassen zukünftig auch im Preis- und Konditionswettbewerb konkurrenzfähig sein. Dies erfordert zusätzliche Maßnahmen, die die allgemeine Effizienz der Sparkassen steigern. Hierzu zählt besonders die verstärkte Nutzung der Verbundvorteile ➤

innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe, um bestimmte Dienstleistungen kostengünstiger zu erbringen und Degressionseffekte zu realisieren. Für Sparkassen erscheint es zukünftig enorm wichtig, ihre regionalen Stärken, die aus der guten lokalen Marktkenntnis resultieren, mit diesen Kooperationsvorteilen zu kombinieren. Fusionen könnten ein weiteres probates Mittel sein, um der demografischen Herausforderung zu begegnen. Neben ebenfalls erreichbaren Größenvorteilen und Synergieeffekten könnten durch die damit verbundene Ausweitung des Geschäftsgebiets demografische Risiken diversifiziert werden. Anzustreben ist schließlich eine weitere Professionalisierung der Aufsichts- und Leitungsgremien, die in erster Linie nach fachlicher Eignung besetzt werden sollten.

Entscheidend für den zukünftigen Erfolg der Sparkassen dürfte neben den angesprochenen Maßnahmen jedoch insbesondere das Vertrauen in die Institution und die Marke sein. Dies ist ein wertvolles Pfund, mit dem die Sparkassen wuchern können, wie die jüngsten Erfolge in der Finanzmarktkrise zeigen.

---

Marco Oestmann ist Mitarbeiter im Kompetenzbereich »Weltwirtschaft« des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI). Die Analysen zum Einfluss des demografischen Wandels auf die zukünftige Situation von regional tätigen Banken sind Teil seiner Dissertation zum Thema »Demografischer Wandel und Ertragslage der deutschen Sparkassen«. Das in der Arbeit entwickelte Simulationsmodell wurde dabei im Rahmen von verschiedenen Projekten bereits erfolgreich in der Praxis erprobt.

## »Langfristiges Denken verleiht mehr Sicherheit«

**Interview mit Volker Schwarz**

Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA,  
Niederlassung Hamburg

**Ältere Kunden erweisen sich aufgrund ihrer höheren Vermögen und der Anlagestrategie in der Regel als sehr profitabel für Banken. Sind diese Charakteristika Ihrer Erfahrung nach auch bei der besonderen Klientel der kleinen Privatbanken zu beobachten?**

Volker Schwarz: Einen Zusammenhang zwischen Alter und Profitabilität von Kunden können wir nicht bestätigen. Unsere Kunden haben grundsätzlich komplexe finanzielle Verhältnisse und verlangen deshalb nach intensiver Beratung und individuellen Lösungen – völlig unabhängig vom Alter.

**Der demografische Wandel in Deutschland birgt Chancen und Risiken für den Bankensektor. Welche Konsequenzen sind für die zukünftige Ertragslage von kleinen Privatbanken zu erwarten?**

Die Chancen von Privatbanken liegen eindeutig in der gestiegenen Nachfrage nach Beratungskompetenz und dem Wunsch nach langfristigen Geschäftsbeziehungen. Gerade die Erbgeneration beschäftigt sich zunehmend mit der Vermögensstruktur und ist in der Regel auch innovativen Lösungen gegenüber aufgeschlossen. Des Weiteren stellen wir vermehrt fest, dass viele Erben einen Teil des Vermögens gleich bei Zufluss einem wohltätigen Zweck zukommen lassen wollen. Da sie die Verwendung selbst steuern möchten, gründen sie oft Stiftungen, deren Vermögen wiederum werterhaltend und möglichst effizient angelegt werden soll. Diese Kompetenzen finden sich vornehmlich bei Privatbanken, die oft seit Jahrhunderten bestehen und für

werterhaltende Strategien bekannt sind. Langfristiges Denken verleiht mehr Sicherheit.

Der Vermögensübergang in die nächste Generation ist gleichzeitig auch das größte Risiko von allen Banken; nämlich dann, wenn sie ihre Kunden nicht gut genug kennen und auch die Thematik der Vermögensnachfolge in ihrer Beratung vernachlässigen. Dann könnte es passieren, dass Erben sich zu anderen Instituten orientieren mit entsprechenden Konsequenzen. Die Herausforderung ist also, auch die junge Generation rechtzeitig einzubinden und von der Kompetenz des Hauses zu überzeugen.

**Für das Privatkundengeschäft der Regionalbanken wird eine steigende Wettbewerbsintensität erwartet. Wie schätzen Sie die Entwicklung im gehobenen Privatkundensegment ein?**

Im gehobenen Privatkundensegment gibt es schon heute eine hohe Wettbewerbsintensität, die in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird. Der Schlüssel zum Erfolg liegt sicherlich in einer klaren Fokussierung: Kunden erwarten individuelle Lösungen, um auf die sich immer schneller bewegenden Märkte zu reagieren. Nur wer seine Kunden sehr gut kennt, ihre Ziele und Wünsche analysiert und nachvollziehbar über eine hohe Kompetenz in den Märkten verfügt, wird sich auf Dauer durchsetzen. Über den Preis einer Dienstleistung wird der Markt nicht verteilt werden, denn eine vermeintlich günstige Beratung kann sich durch folgenschwere Fehler schnell als sehr teuer erweisen.

**Der Wettbewerb um vermögende Privatkunden wird in einigen großen deutschen Städten auch von Sparkassen geführt. Wie ist die aktuelle Konkurrenzsituation zwischen Privatbanken und Sparkassen einzuschätzen? Wird sich in Zukunft daran etwas ändern?**

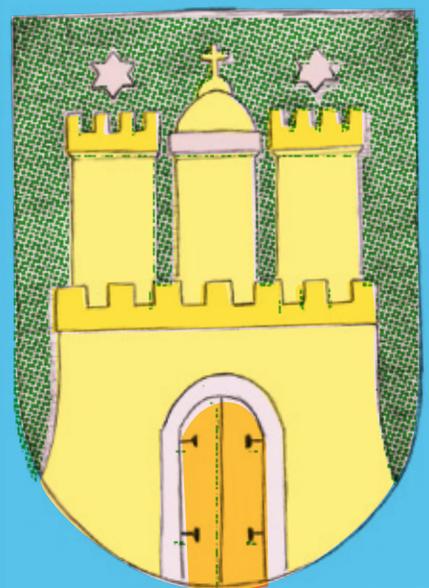
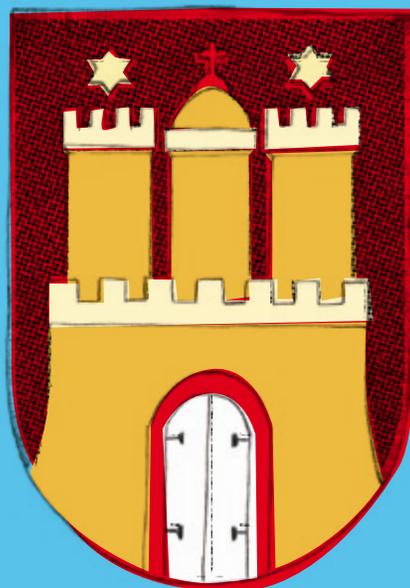
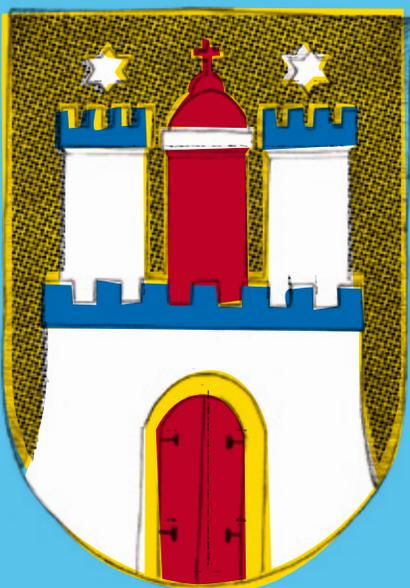
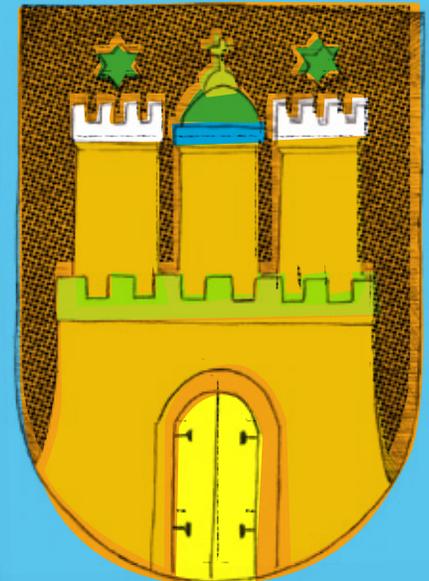
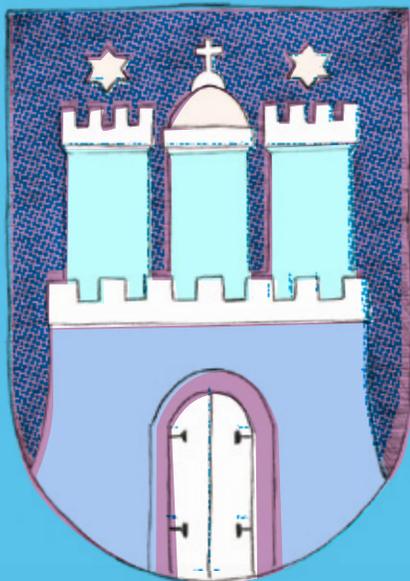
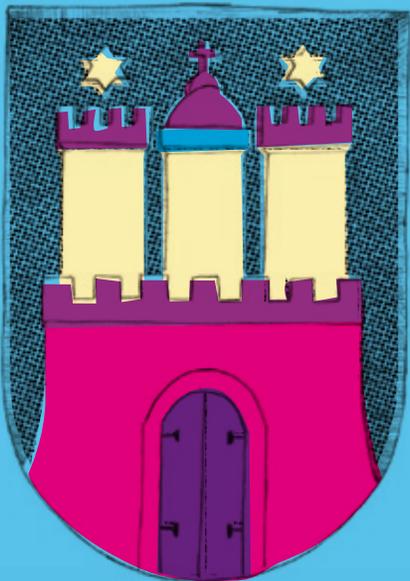
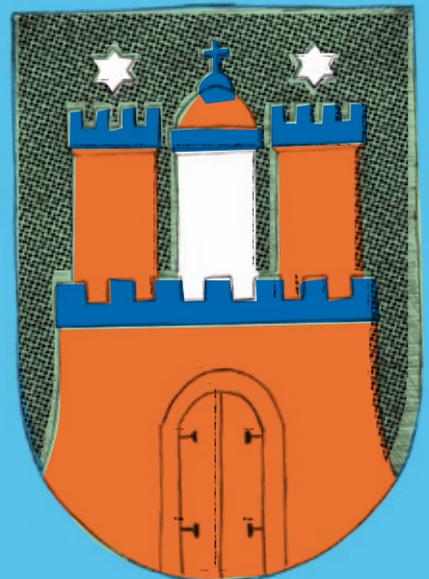
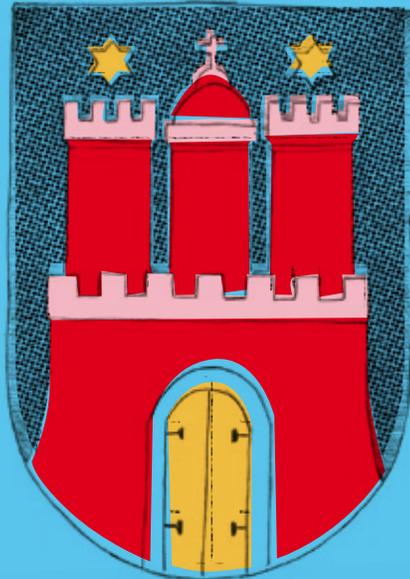
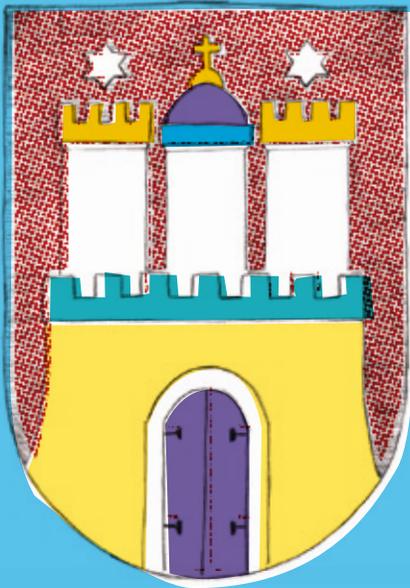
Sparkassen müssen aufgrund ihres Auftrags und ihrer Struktur einen Spagat zwischen Massengeschäft und *Private Banking* machen. Dabei haben sie in großen Städten meistens auch einen hohen Marktanteil im allgemeinen Bankgeschäft. Aufgrund des Mengengerüsts

muss es bei ihnen zwangsläufig zu einer gewissen Standardisierung kommen. Die Vorteile der kleinen Privatbanken hingegen liegen in der Nähe zum Kunden. Privatbanken betreuen ihre Kunden viel persönlicher und individueller, Lösungen gibt es nicht von der Stange, sondern sie sind maßgefertigt. Für Kunden, die aufgrund ihrer anspruchsvollen finanziellen Situation diesen Service schätzen, werden Privatbanken auch künftig die bevorzugte Anlaufstelle sein.

---

---

*Volker Schwarz ist Leiter der Hamburger Niederlassung von Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA. Hauck & Aufhäuser Privatbankiers zählt zu den wenigen unabhängigen Privatbanken in Deutschland und versteht sich als traditionsreiches und gleichzeitig modernes Privatbankhaus.*



# WACHSEN MIT WEITSICHT

## Reich und sexy? Hamburg setzt auf Kreativwirtschaft

Text: Jan Wedemeier

Hamburg hat das Thema Kreativwirtschaft für sich erkannt und in seinem neuen Leitbild »Wachsen mit Weitsicht« fest verankert. Der eingeschlagene Weg wird besonders dann erfolgreich sein, wenn die in der Hansestadt vorhandenen Potenziale der kulturellen Vielfalt ihren Platz hierin finden. Dieser Beitrag widmet sich diesem Thema und gibt einen kurzen Ausblick auf die Entwicklung von Hamburgs Kreativwirtschaft.

### Städte im Wandel

Mehr als 50 % der Erdbevölkerung lebt heute in Städten – mit steigender Tendenz. Damit konzentrieren sich die ökonomischen Aktivitäten im Wesentlichen auf urbane Räume. Dabei haben die Städte in Deutschland, Europa und weltweit im Zuge von Globalisierung, grenzüberschreitenden Integrationsprozessen und der Internationalisierung der Arbeitsmärkte ihr Gesicht deutlich verändert: Sie sind vielfältiger geworden. Diese Entwicklung betrifft sowohl die urbane Wirtschaftsstruktur als auch die Bevölkerungsstruktur. Hamburg ergeht es nicht anders. Die ehemals von Hafen, Handel und Industrie geprägte Stadt hat sich zu einer vielseitigen, florierenden Dienstleistungsmetropole entwickelt.

Damit liegt Hamburg im globalen Trend. Das Erscheinungsbild von Städten wandelt sich mit hoher Geschwindigkeit und wird bunter in vielerlei Hinsicht: Menschen leben in städtischen Räumen, wo das Außergewöhnliche, das Kreative vorherrscht. Alte Fabrikgebäude, Stadtvillen und Hausboote sind inspirierender Lebensort und Ideenschmiede zugleich. Dies sind sichtbare Zeichen einer neuen Zeit, in welcher der ökonomische Erfolg von Städ-

ten zunehmend auch von der so genannten Kreativwirtschaft abhängig ist. Die Entwicklung führt auch dazu, dass sich Städte stetig neu erfinden: Man wohnt wieder zunehmend, wie im 19. Jahrhundert, dort, wo Mensch auch arbeitet. Es gilt die Maxime, dass Freizeit und Arbeit zeitlich und räumlich kaum noch zu trennen sind. Dank *Wireless LAN* kann der Autor dieses Textes beispielsweise in einem Café im Hamburger Stadtteil St. Georg an diesem Artikel arbeiten. Unternehmen folgen zudem den qualifizierten, jungen Menschen. Damit nicht genug: Die Ergebnisse stadtökonomischer Forschung zeigen, dass die Kreativwirtschaft von der ethnisch-kulturellen Vielfalt inspiriert wird.

### Kreativwirtschaft und ethnisch-kulturelle Vielfalt

Prognosen zufolge wird die Kreativwirtschaft – zu denen die Teilmärkte Kunst, Musik, Design, aber auch wissensbasierte Berufe in den Bereichen Forschung, IT und Finanzen gehören – weiter expandieren. Die Kreativwirtschaft stellt somit einen wichtigen Faktor dar, dessen besondere Bedeutung die Entwicklung von Städten – wie die der alten Kaufmannsstadt Hamburg – beeinflusst (siehe Abbildung 1).

Aus der Abbildung 1 gehen die wesentlichen Wirtschaftsdaten der Kreativ- und Wissenswirtschaft hervor. Der Anteil der Beschäftigten an der Kreativwirtschaft beträgt etwa 9 % und zusammen mit den wissensbasierten Wirtschaftsbereichen etwa 38 %. In dem Teilmarkt Kreativwirtschaft ist beispielsweise die Musikwirtschaft für die Entwicklung Hamburgs in ökonomischer wie ➤

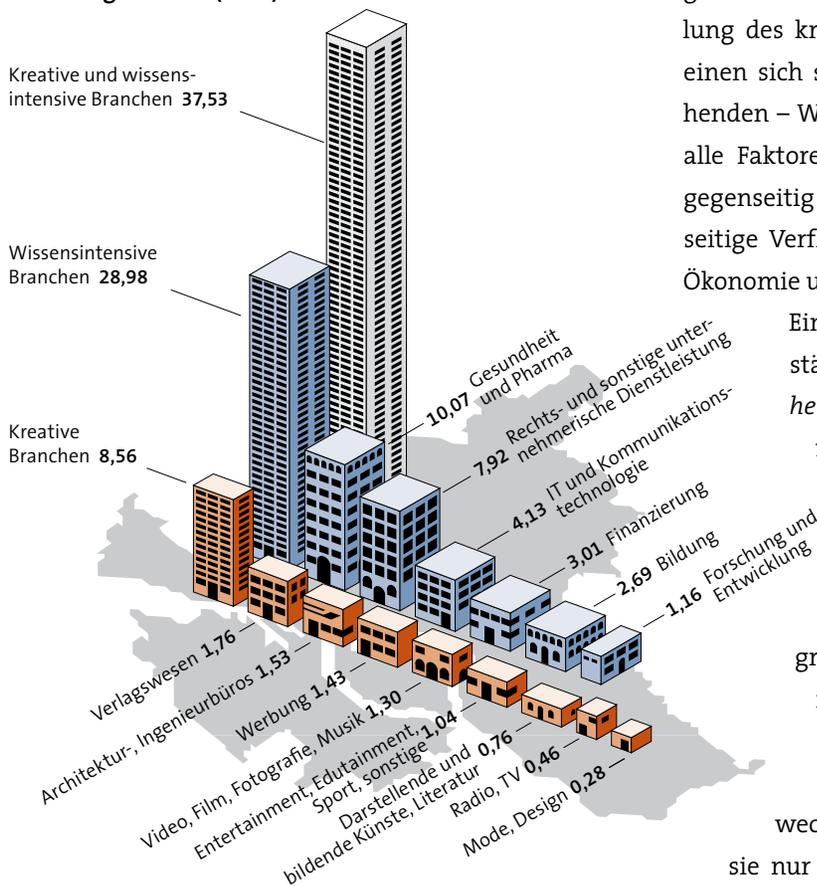
auch standortpolitischer Hinsicht von erheblicher Bedeutung, so die Ergebnisse der Haspa-Musikstudie des HWWI.

Aber wieso sind Städte Magnete für Kreative? Wissenschaftliche Analysen zu dieser Frage sind durch die Arbeiten des amerikanischen »Pop-Stadtplaners« Richard Florida inspiriert worden. Er stellte die Bedeutung von:

- ↳ Humankapital in Form von in den Akteuren verkörpertem Wissen und kulturellen sowie künstlerischen Fähigkeiten (*Wissen*),
- ↳ technologischer Leistungsfähigkeit und Entwicklung (*Innovationsfähigkeit*) sowie
- ↳ gesellschaftlicher Offenheit (*Offenheit*)

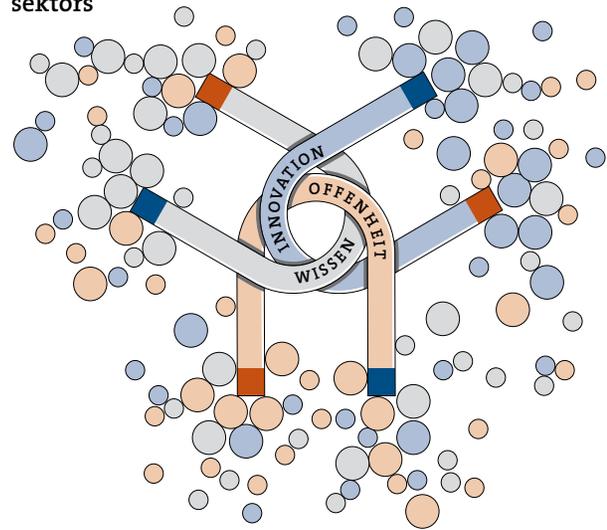
für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Städten heraus.

**Abbildung 1: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Kreativ- und Wissenswirtschaft in Hamburg in 2008 (in %)**



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, 2008; Statistik der Unfallkasse des Bundes, Abteilung Künstlersozialkasse, Wilhelmshaven, 2008. Grafik: © B&E, BILD&ERNT

**Abbildung 2: Selbstverstärkende Wirkung des Kreativsektors**



Quelle: HWWI 2010, Grafik: © B&E, BILD&ERNT

Floridas zentrale Hypothese ist, dass Städte, in denen diese drei Faktoren gefördert werden, kreative und ausgebildete Akteure anziehen. Diese stärken die Entwicklung des kreativen Sektors und lösen möglicherweise einen sich selbstverstärkenden – von der Stadt ausgehenden – Wachstumsprozess aus. Dabei geht es darum, alle Faktoren gleich stark zu entwickeln, da sie sich gegenseitig beeinflussen. Ihre Symbiose, also die gegenseitige Verflechtung, ist von Vorteil für die städtische Ökonomie und deren Entwicklung (siehe Abbildung 2).

Einer der spannendsten Untersuchungsgegenstände in diesem Konzept ist der Faktor *Offenheit*. Ein wichtiger Indikator dafür – und damit für eine kreative Stadt – ist die ethnisch-kulturelle Vielfalt der Menschen, das heißt ihre Differenzierung unter anderem nach Bildung, Alter und nationaler Herkunft.

Weil kreative Menschen Städte mit großer Vielfalt bevorzugen, trägt auch die ethnisch-kulturelle Vielfalt zur Entwicklung der Kreativwirtschaft bei. Zum einen müssen erfolgreiche Städte ein hochwertiges, abwechslungsreiches Lebensumfeld anbieten, da sie nur so kreative und qualifizierte Arbeitskräfte anziehen. Eine Stadt benötigt dieses Angebot, um pluralistische Lebens- und Arbeitsformen zu ermöglichen. Es geht um vielfältige Qualität und nicht um mono-

kulturelle. Zum anderen ziehen bunte Städte Menschen an. Hier bekommt Mensch Ideen für neue Entwicklungen und Businessformen: Die Kreativität in den Köpfen wird die Veränderung in technischen Lebensbereichen vorantreiben, so Ergebnisse des Autors.

Die ökonomische Forschung hat dieses Phänomen aufgegriffen. Die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen von ethnisch-kultureller Vielfalt ist zu einem aktuellen Untersuchungsgegenstand der Stadtentwicklung geworden. Diese beschäftigte bereits die Stadtökonomin Jane Jacobs in den 1960-er Jahren. Jacobs wies darauf hin, dass gerade in Städten ökonomische Aktivitäten durch ethnisch-kulturelle Vielfalt – und auch Unternehmensvielfalt – begünstigt werden. Kernelement ist, dass die Pluralität der ökonomischen Struktur die Neuordnung und Ausstrahlung von neuen Ideen forciert (Wissens-Spillover), was für die Verbreitung und Entstehung von Wissen förderlich ist. Das Aufkommen dieses so genannten (positiven) externen Effektes in Form von Spillover stellt dabei einen Übertragungseffekt, das heißt eine Form des Wissensaustauschs über andere Zustände und Ereignisse, dar. Spillover sind potenziell in Städten größer, die eine relativ hohe Bevölkerungsdichte aufweisen, aufgrund von persönlichen Kontakten, Netzwerken und Arbeitsmarktpools. Menschen kommen dabei zusammen und tauschen sich über Neuigkeiten, Ideen und Entwicklungen aus.

Ethnisch-kulturelle Vielfalt erhöht dabei vor allem die komplementären, also die ergänzenden, Fähigkeiten, beispielsweise in Kreativberufen des Bereichs Mode und Architektur. Einzelne Individuen bringen ethnisch-kulturspezifische Eigenschaften durch implizites Wissen ein, das in spezifischen ökonomischen Interaktionen ausschlaggebend ist. Beispiele hierfür sind auch vielerorts in Hamburg zu finden. Im Karolinenviertel beispielsweise – einem Szene- und Studierendenstadtteil – entstehen so neue Formen der Mode. Man schaut, imitiert und entwickelt seine Form des Stils und verbindet seine kulturelle Mode mit der Unbekannten: die Stadt als Laboratorium. Aber auch andere Herangehensweisen werden gefördert. Dies beides kann mit zum Innovationsprozess – das Zusammenwirken von Invention, Innovation und Imitation – beitragen. Es stellt somit eine

mögliche Erklärung für höheres wirtschaftliches Wachstum in Städten mit einer großen pluralistischen Gesellschaft dar. Ethnisch-kulturelle Vielfalt ist damit ein Faktor für wirtschaftlichen Wandel und erhöht die Varietät von Gütern, Dienstleistungen, Produktion und Konsum.

Am zukünftigen Wirtschaftswachstum können jedoch nicht alle Städte Deutschlands im gleichen Maße teilhaben. Die räumlichen Differenzierungen – das Nebeneinander von boomenden Städten, die ökonomische Akteure anziehen, und Städten, deren wirtschaftliche Basis verschwindet – werden sich zukünftig verstärken. Hamburg kann profitieren, wenn es auf die Kreativwirtschaft setzt. Weitere Analysen des Autors bestätigen diesen Eindruck. Es geht um die Frage, ob der kreative Sektor mit zum Wachstum – gemessen in Produktivitäts- und Beschäftigungswachstum – deutscher Regionen beiträgt. Für 97 Raumordnungsregionen zeigt sich: Der kreative Sektor hat eine signifikante Wirkung auf das wirtschaftliche Wachstum. Auch der Faktor der ethnisch-kulturellen Vielfalt spielt dabei eine entscheidende Rolle: Sie hängt mit der städtischen und regionalen Entwicklung positiv zusammen.

## Wachsen mit Weitsicht

Es gibt weltweit bereits zahlreiche Metropolen, wie London, Toronto und San Diego, die Richard Floridas Ergebnisse zur Kreativwirtschaft in ihre praktische Stadtentwicklungspolitik einbeziehen. Auch in der Freien und Hansestadt Hamburg werden Überlegungen zum Wachstumsfaktor Kreativwirtschaft im Zusammenhang mit Perspektiven für die zukünftige Stadtentwicklung diskutiert. Zudem gibt es bereits erste politische Formulierungen, wie das »Leitbild Hamburg: Wachsen mit Weitsicht«, in der die zentrale Bedeutung von Kreativität für die Wissensgesellschaft herausgestellt wird. Dabei begrenzt sich das Leitbild nicht auf eine enge Definition der Kreativwirtschaft und auch nicht auf die reine »Talentanwerbung«. Die Stadt möchte die Entfaltung von kreativen Potenzialen in allen Lebensbereichen fördern. Hierzu wurden unter anderem folgende Absichten erklärt:

↳ *Stärkung des Kreativstandortes und Kreativclusters durch das neue Handlungsfeld »Förderung innovativer Wirtschaftsfelder und Beschäftigungswachstum«,*

- ↳ Identifizierung und Entwicklung von Instrumenten zur Förderung so genannter kreativer Milieus und Quartiere,
- ↳ Stärkung des Hamburg Welcome Centers im internationalen Kontext,
- ↳ Attrahierung von Humankapital aus dem Ausland durch Marketing und
- ↳ diverse Programme zur Förderung der Kulturszene (Musik, Theater und Film).

Damit sollen wirtschafts- und regionalpolitische Empfehlungen mit hoher Praxisrelevanz entwickelt werden, welche die Entfaltung der kreativen und innovativen Potenziale der Stadt fördern sollen. Zudem verspricht das vom Senat zur Kenntnis genommene Leitbild Hamburgs kulturelle Vielfalt im Stadtbild zu fördern. Mit dem neuen Leitbild und den damit verbundenen Projekten (»Kreatives Hamburg«, »Hamburg: Heimathafen« etc.) hat die Hansestadt bereits ihren Weg in Richtung Kreativwirtschaft gebahnt, unterstützt von gezielten Politikmaßnahmen. So wurde beispielsweise die Hamburg Kreativ GmbH gegründet, die Hamburgs Unternehmen in diesem Bereich stärken soll. Auch hat neben der Politik die Handelskammer Hamburg einen eigenen Schwerpunkt zur Stärkung der Unternehmen der Kreativwirtschaft aufgebaut. Dazu kommt das Kompetenzzentrum Kreativ- und Kulturwirtschaft für Hamburg / Mecklenburg-Vorpommern / Schleswig-Holstein, eingerichtet und unterstützt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (siehe Interview).

Wichtig ist der nördlichsten Metropole an der Elbe aber auch der interregionale Austausch der Kultur- und Kreativwirtschaft. Hier hat die Stadt Hamburg im März 2010 eine Vereinbarung mit der südschwedischen Region Skåne (Schonen) erzielt, was nach außen hin erst einmal wie ein Tropfen auf dem heißen Stein wirkt, da lediglich gemeinsame Kindertheater-, Bibliotheks- und Drehbuchprojekte ins Leben gerufen worden sind. Allerdings gehört die südwestliche Ostseeregion – die sogenannte Öresundregion – zu den schnellst wachsenden und erfolgreichsten Wirtschaftsregionen Europas. Daher ist es folgerichtig, dass sich die Stadt Hamburg in diese Richtung orientiert. Zudem bietet es sich für die Freie und Hansestadt an, die Strategie zum Anwerben von Humankapital unter anderem auf die Öresundregion zu

richten: Hier leben qualifizierte Menschen, die zudem als experimentell bezüglich Mode und neuen Technologien gelten. Hamburg muss sich laufend erneuern, neu erfinden und unkonventionelle städtische Politikstrategie verfolgen, um nicht gesellschaftlich und ökonomisch zu erstarren.

Dennoch ist Hamburg in der Kreativwirtschaft noch längst nicht angekommen. Zum einen ist der Begriff zu eindimensional auf Kultur ausgerichtet. Zum anderen gibt es kein auf die drei Faktoren Wissen, Innovationsfähigkeit und Offenheit ganzheitlich ausgerichtetes Stadtentwicklungskonzept. Vor allem der Aspekt der ethnisch-kulturellen Vielfalt ist nicht ausreichend berücksichtigt. Eine Ausrichtung des Leitbilds an diesem Aspekt und bereits ein teilweise darauf ausgerichtetes Leitprojekt (»Hamburg: Heimathafen«) gibt es bereits. Allerdings ist bei den Stadtplanern die Erkenntnis schwierig, dass ethnisch-kulturelle Vielfalt eine entscheidende Größe für das wirtschaftliche Wachstum – aufgrund von positiven externen Effekten und Produkt- sowie Konsumvarietät – ist. Es wird lediglich argumentiert, dass ethnisch-kulturelle Vielfalt ein Attraktivitätsfaktor sei, um im nationalen und internationalen Wettbewerb Humankapital anzuziehen. Städten kommt hier aber eine Schlüsselrolle zu, da dort die (sozialen) Interaktionen zwischen den ökonomischen Akteuren verstärkt stattfinden. Dazu gehört auch deren wirtschaftliche Einbindung, insbesondere in die Kreativwirtschaft, um die Potenziale der externen Effekte des Humankapitals auszuschöpfen. Wenn dies gelingt, hat Hamburg einen Weg eingeschlagen, der die Hansestadt reich und sexy macht. Denn er führt zu wirtschaftlichem Wohlstand der breiten Gesellschaft und ist gleichsam attraktiv für die Bewohner.

---

Literatur:

- ↳ Jacobs, J. (1969): *The Economy of Cities*, New York.
- ↳ Florida, R. (2004): *Cities and the Creative Class*, Routledge.
- ↳ Kriedel, N., Stiller, S. (2009): *Haspa Musikstudie: Der Takt der Zukunft – Hamburg setzt auf Musik*, in Kooperation mit der Hamburger Sparkasse, Hamburg.
- ↳ Wedemeier, J. (2010): *The Impact of the Creative Sector on Growth in German Regions*, in: *European Planning Studies*, 18 (4), S. 505-520.
- ↳ Wedemeier, J. (2009): *Creative Cities and the Concept of Diversity*, HWWI Research Paper, 1-20, Hamburg.

# »Das Wettringen um die kreative Klasse geht weiter«

## Interview mit Frank Lemloh

Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft

### Herr Lemloh, finden Sie Hamburg kreativ?

Frank Lemloh: Eine Stadt kann nicht kreativ sein. Es sind die Menschen und ihre kreativen Potenziale, die einer Stadt immer auch zugutekommen. In Hamburg leben viele kreative Menschen. Um kreativ tätig zu sein, braucht der Mensch Zeit, Raum und Inspiration.

Die richtigen Standortbedingungen sind oft ausschlaggebend dafür, warum sich Menschen für bestimmte Großstädte entscheiden. Dies heißt nicht, dass kreative Potenziale in der Provinz nicht ausgelebt werden. Im Gegenteil: Es stecken sehr viele Potenziale in der Provinz.

Die Attraktivität einer Stadt wie Hamburg hängt von vielen Faktoren ab. Ich denke, die Identifikation mit der Stadt, in der ich lebe, ist entscheidend.

### Welche Bedeutung hat Kultur und Kreativität für die Standortqualität einer Stadt und wie kann sich Hamburg gegenüber einer Kultur- und Kreativmetropole, zum Beispiel Berlin, behaupten?

Kultur braucht jeder im Leben. Sie ist ein bedeutender Bestandteil auch im Alltag. Wir müssen aufpassen, was die Vermischung der Begriffe angeht. Kultur steht für sich und darf nicht durch einen dazugestellten Begriff in der Bedeutung geschwächt werden.

Wenn Sie von Kultur- und Kreativwirtschaft sprechen, dann ist diese Begrifflichkeit als eine Klammer aller definierten und beinhaltenden Teilmärkte gemeint. Und wenn es um die Bedeutung der Kultur und kreativen Potenziale der Menschen, die in einer Stadt leben, geht, ist diese Bedeutung subjektiv gesehen sehr hoch. Denn man stelle sich nur vor, wie das Leben ohne Musik, ohne Design, ohne Film usw. wäre.

Jeder hat nur für sich ein anderes Bedürfnis – und auch individuelle Gründe sich niederzulassen. Hamburg hat etwas, was Berlin nicht hat, und umgekehrt. Ich mag diese Städtevergleiche überhaupt nicht. Es geht auch hier um Identifikation, und nicht um Konkurrenz.

### Welche Rolle spielt die ethnisch-kulturelle Vielfalt – das heißt die Vielfalt des Menschen in Sachen Bildung, Alter und / oder Nationalität – Ihrer Meinung nach für die Kultur- und Kreativwirtschaft?

Jeder Mensch hat seine Wurzeln. Auf der Suche, herauszufinden, wer man eigentlich selbst ist, wird doch jeder auf seine eigene Art von seinem sozialen und kulturellen Umfeld geprägt und inspiriert. Ich denke, dass dies jeder für sich erkennt. Wenn die Frage darauf abzielt, ob ein gewisses Umfeld bessere Voraussetzungen schafft, um am Markt zu bestehen, dann kann ich nur sagen: Verbesserte (Aus-)Bildung, ja.

Alter und Herkunft stehen oft doch für das jeweilige Verständnis von Kultur und Kreativität. Viele Kreative, die von dem leben möchten, was sie schaffen, fehlt der Blick auf das Gesamte. Fragen, »Was genau will ich eigentlich anbieten? Wo finde ich meine Kunden? Was darf mein Angebot kosten? Wo bekomme ich Hilfe, die richtige Beratung oder Startkapital? Und kann ich das alles überhaupt?«, zeigen schnell, dass man als Kreativunternehmer in vielen Disziplinen bestehen muss.

In meiner Arbeit als Ansprechpartner möchte ich gerade den Kulturschaffenden und Kreativen, die am Anfang stehen, Hilfestellungen geben.

### Hat die Politik überhaupt eine Möglichkeit, den Standort Hamburg attraktiv zu gestalten und Menschen ➤

## **aus der Kultur- und Kreativwirtschaft in die Hansestadt zu bewegen? Oder wird noch mehr Kreativwirtschaft nach Berlin ziehen?**

Die Politik in Hamburg hat sich ambitionierte Ziele in Sachen Kultur- und Kreativwirtschaft gesetzt und man sieht, dass das Engagement auch seitens der Bundesregierung dem Thema über die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes gewidmet ist. Ich denke, es geht darum erst einmal zu erkennen, warum die Potenziale und auch Wachstumsraten der Kultur- und Kreativwirtschaft entsprechend stark sind.

Die von der Politik eingesetzten Instrumente zeigen zumindest schon einmal einen Willen, was ich als positives Signal verbuche. Im zweiten Schritt wird man jetzt beweisen müssen, wie effektiv das Engagement tatsächlich ist. Wir sammeln alle noch Erfahrungswerte. Da Politiker ihre Argumente oft mit Zahlen unterfüttern, wird sich in den kommenden Jahren erst zeigen, welche Wirkung das verstärkte Engagement in der Kultur- und Kreativwirtschaft hat.

Das Wettrennen um die »kreative Klasse« geht weiter. Hierbei sollte nicht nur auf spektakuläre sogenannte Leuchtturmprojekte geschaut werden. Gerade Kreativnischen, wie beispielsweise der Comic-Markt, könnten einer Stadt eine Signifikanz geben, um sich entsprechend von anderen Standorten abzusetzen.

Neben einer regionalen Förderung von Betrieben aus der Kultur- und Kreativwirtschaft ist die Immobilienfrage eine entscheidende Frage im Wettbewerb mit anderen Metropolen. Wo sind die Räume für Kreative? Noch hat Berlin mehr und günstigere Flächen zu bieten. Es fragt sich nur, wie lange noch?

## **Hamburg in 20 Jahren. Wie kulturell und kreativ ist Hamburg? Hat die Elbphilharmonie die Kreativwirtschaft Hamburgs beflügelt?**

In 20 Jahren wird Hamburg bestimmt weiterhin eine spannende und lebendige Stadt sein. Ich denke, dass wir bis dahin in Deutschland längst auf die Ressource Mensch setzen und hierzu gehört vor allem Bildung, Forschung und Kreativität.

Die ökologischen Zustände werden in 20 Jahren unserer Leben deutlich mehr beeinflussen. Die Elbphilharmonie wird ein Wahrzeichen für Hamburg und auch für die Kultur sein. Wir werden auch darüber nachdenken, ob der Hochwasserschutz für die Elbphilharmonie dann noch ausreicht.

---

---

*Frank Lemloh ist regionaler Ansprechpartner für Hamburg / Mecklenburg-Vorpommern / Schleswig-Holstein des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft. Das Kompetenzzentrum unterstützt die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung.*

# EINBÜRGERUNG UND INTEGRATION

## Deutschland ist ein Zuwanderungsland

Text: Max Friedrich Steinhardt

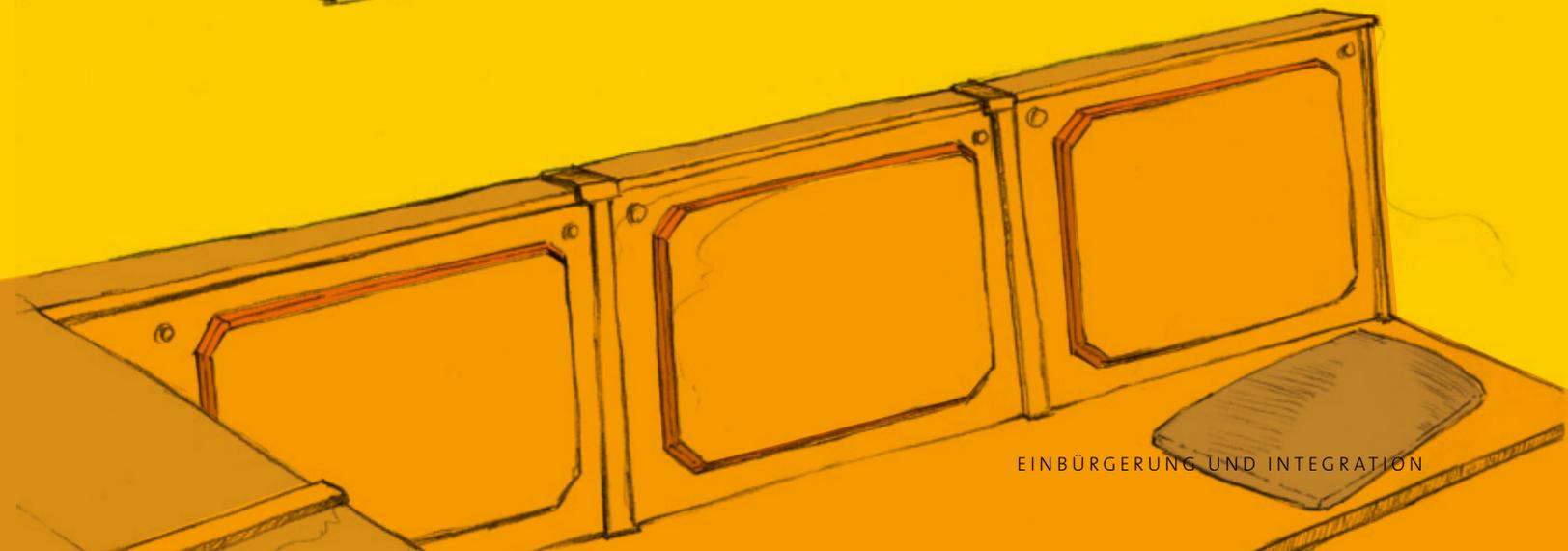
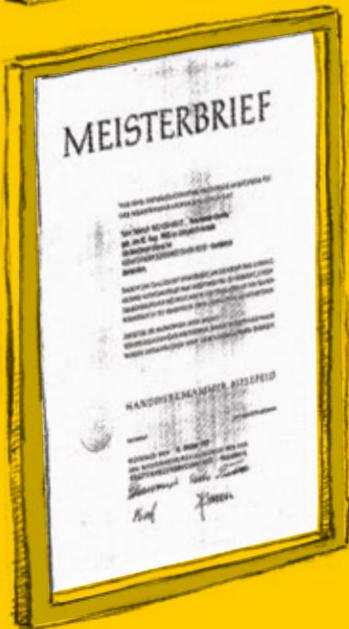
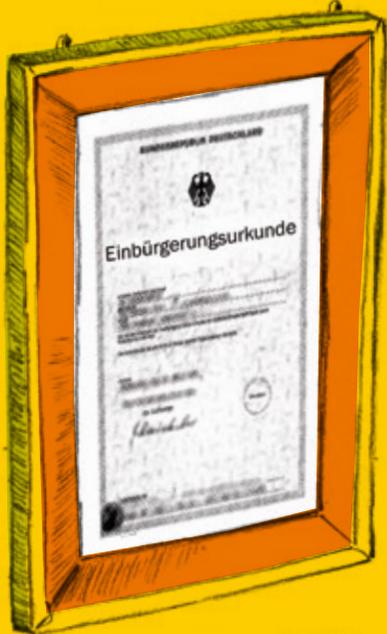
Bis dieser Satz von einem deutschen Regierungspolitiker ausgesprochen wurde, gingen viele Jahrzehnte ins Land. Vergegenwärtigt man sich, dass in Deutschland aktuell ca. jeder fünfte Einwohner einen Migrationshintergrund besitzt, verwundert der späte Zeitpunkt dieser Feststellung. Auch ein Blick auf den aktuellen Weltmeisterschafts-Kader der deutschen Fußballnationalmannschaft verdeutlicht jedem sehr anschaulich die lange Zuwanderungsgeschichte Deutschlands. Dieses Beispiel zeigt, wie sehr der Umgang mit Zuwanderung in Deutschland mit politischen Interessen und Ideologien verbunden war und ist. Dies ist ein wichtiger Grund, warum die Migrationsforschung in Deutschland lange Zeit ein Schattendasein fristete, während die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Zuwanderungsthemen in Ländern wie den USA oder Kanada eine lange Tradition hat. Allerdings hat die ökonomische Migrationsforschung in Deutschland, die sich sowohl mit Fragen der Zuwanderung als auch der Integration befasst, innerhalb der letzten zehn Jahre stark zugenommen. So haben zum Beispiel ökonomische Studien und Untersuchungen

Die ökonomische Migrationsforschung in Deutschland hat innerhalb der letzten zehn Jahre stark zugenommen.

dazu beigetragen, dass langjährige Defizite bei der Integration der ausländischen Bevölkerung erkannt und in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt worden sind. Als Reaktion auf diese Erkenntnisse werden sowohl in der Migrationsforschung als auch in der Politik diverse Vor-

schläge und Konzepte diskutiert, anhand derer eine bessere Integration der im Land lebenden Ausländer erreicht werden kann. Eine zentrale Rolle nimmt hierbei das Thema Einbürgerung ein, das politisch kontrovers debattiert wird. Man erinnere sich nur an die hitzige Debatte um die Einführung eines Einbürgerungstests. Auf der einen Seite wird der Einbürgerungsakt als das Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses verstanden, während die andere Seite argumentiert, dass Integration erst durch den Erwerb des deutschen Passes möglich gemacht wird. Doch welche Rolle spielt die Einbürgerung nun wirklich abseits der politischen Lagerkämpfe? Welche Rolle spielt der Einbürgerungsakt im ökonomischen Integrationsprozess von Zuwanderern? Hierzu gibt es bislang keine Erkenntnisse für Deutschland, unter anderem aus den oben genannten Gründen.

Innerhalb der Staats- und Rechtsphilosophie hat das Thema Einbürgerung hingegen eine lange Tradition. Bereits im 17. Jahrhundert thematisierte der englische Philosoph John Locke die Bedeutung der Staatsbürgerschaft für die bürgerliche Gesellschaft, indem er zwischen passiver und aktiver Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft differenzierte: »Doch wenn man sich den Gesetzen eines Landes unterwirft, friedlich lebt und seine Privilegien und seinen Schutz genießt, macht das einen Menschen noch lange nicht zu einem Mitglied der Gesellschaft ... Und so sehen wir, dass Fremde, die ihr Leben lang unter einer Regierung leben und die Privilegien und den Schutz dieser Regierung genießen, dadurch noch lange nicht zu Untertanen oder Gliedern dieses Staatswesens werden, obwohl sie verpflichtet sind – selbst ihrem Gewissen gegenüber –, sich seiner Verwaltung ebenso weit zu unterwerfen wie jeder andere Bewohner. Nichts kann einen ►

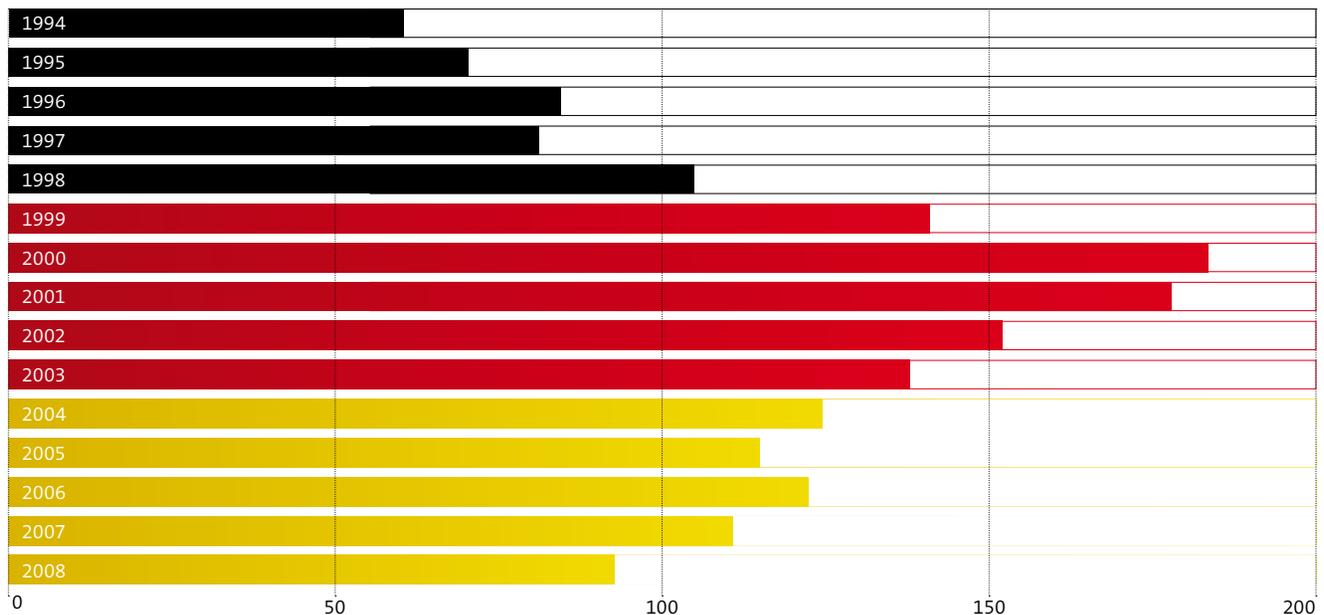


Menschen dazu machen als sein wirklicher Eintritt durch positive Verpflichtung und ausdrückliches Versprechen und Vertrag« (Locke 1977, S. 277-278). Überträgt man die Argumentation von Locke auf die aktuelle Situation in Deutschland, bedeutet dies, dass ein Zuwanderer erst durch eine Einbürgerung, einen bewussten Akt sowohl von Seiten des Zuwanderers als auch von Seiten des Staates, ein vollwertiges Mitglied der deutschen Gesellschaft wird. Die Abbildung zeigt, dass eben dieser Schritt von vielen Zuwanderern in Deutschland gegangen wird. Die aggregierten Einbürgerungszahlen des Statistischen Bundesamtes machen deutlich, dass der Einbürgerungsakt in Deutschland kein Einzelfall ist, der nur eine kleine Minderheit der Zuwanderer betrifft. Im Gegenteil, die quantitative Dimension der Einbürgerungen in Deutschland ist beeindruckend. So haben sich zwischen 1994 und 2008 knapp 1,8 Millionen Ausländer in Deutschland eingebürgert. Weiter wird deutlich, dass es seit Mitte der 1990-er Jahre einen positiven Trend in den Einbürgerungszahlen gab, der im Jahr 2000 mit Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes mit 187 000 Einbürgerungen seinen Höhepunkt fand. Seitdem beobachten

wir in Deutschland jedes Jahr einen leichten Rückgang in den Einbürgerungszahlen, welcher sich auch 2008 fortgesetzt hat.

Aus der Perspektive eines Ökonomen stellt sich nun die interessante Frage, ob die Einbürgerung eine Wirkung hat, die über die politische und soziale Dimension hinausgeht. Theoretisch ist dies aus ökonomischer Sicht auf folgende Art und Weise möglich: Zunächst ist der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft mit einem uneingeschränkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt verknüpft. Der deutsche Pass hebt funktionale und rechtliche Arbeitsmarktbeschränkungen auf und verbessert so die Arbeitsmarktmöglichkeiten von Zuwanderern. Dies ist insbesondere relevant für Zuwanderer, die nicht aus einem Land der Europäischen Union (EU) stammen. Zudem entfallen im Zuge der Einbürgerung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sämtliche administrativen Kosten, die mit der Beschäftigung von Ausländern verbunden sind, was sich positiv auf die Produktivität auswirken kann. Eigene Arbeitserfahrungen in Italien haben mir vor Augen geführt, dass dieser Punkt nicht unterschätzt werden sollte. Darüber hinaus kann die Ein- ➤

Abbildung: Einbürgerungen in Deutschland 1994-2008 (in Tausend)



Quellen: Statistisches Bundesamt (2010), eigene Berechnungen. Die Abbildung bezieht sich explizit nur auf Einbürgerungen von Ausländern. Die Einbürgerungen von Aussiedlern, die bis August 1999 in der Einbürgerungsstatistik erfasst wurden, sind herausgerechnet worden.

bürgerung die Arbeitsmarktchancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen, wenn die Einbürgerung von Arbeitgebern als positives Signal gewertet wird, das eine gewisse Integration und Identifikation mit dem Gastland dokumentiert. Schließlich ist davon auszugehen, dass Zuwanderer, die sich für eine Einbürgerung entscheiden, ihre Investitionen in Humankapital steigern, was sich im Zeitablauf positiv auf die Produktivität auswirkt. Dies kann zum Beispiel durch den Erwerb oder die Vertiefung von Sprachkenntnissen oder das Aneignen von landesspezifischen Kenntnissen geschehen.

Empirisch lässt sich der Zusammenhang von Einbürgerung und Arbeitsmarkterfolg nur anhand von Mikrodaten untersuchen, die es ermöglichen, Individuen im Zeitverlauf zu beobachten. Zu diesem Zweck wurden umfangreiche Auswertungen anhand der Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) durchgeführt, die eine repräsentative Stichprobe aller in Deutschland erfassten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten darstellt. Der Datensatz ermöglicht eine detaillierte Analyse von Erwerbsverläufen, da kontinuierliche und präzise Verlaufsdaten zur sozialversicherungspflichtigen Erwerbsgeschichte erfasst werden. Die empirischen Analysen zu den ökonomischen Implikationen der Einbürgerung umfassen den Zeitraum von 1975 bis 2001 und beziehen sich auf über 60 000 ausländische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Dies entspricht ca. 500 000 individuellen Beschäftigungsmeldungen. Von den in der IAB-Stichprobe erfassten Zuwanderern haben 16 % im Laufe ihrer Erwerbsbiografie die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen.

Zunächst zeigen deskriptive Auswertungen, dass eingebürgerte Beschäftigte ein höheres schulisches und berufliches Bildungsniveau aufweisen als ausländische Beschäftigte ohne deutschen Pass. Dies steht im Einklang mit empirischen Studien für andere Länder, die zu dem Schluss kommen, dass eingebürgerte Zuwanderer eine positiv selektierte Gruppe darstellen. Das heißt, dass sich eingebürgerte Zuwanderer im Durchschnitt bezüglich ausgewählter Charakteristika, wie zum Beispiel Bildung, positiv von den Ausländern abheben, die sich nicht für eine Einbürgerung entscheiden. Neben einer Auswahl, die auf staatliche Einbürgerungsvoraussetzungen zu-

rückgeht, ist zudem eine sogenannte Selbst-Selektion möglich. Hiervon spricht man, wenn sich unabhängig von staatlichen Vorschriften bestimmte Muster beim Einbürgerungsprozess herausbilden, die auf heterogene Präferenzen zurückgehen. So kann zum Beispiel der er-

## Von den in der IAB-Stichprobe erfassten Zuwanderern haben 16 % im Laufe ihrer Erwerbsbiografie die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen.

wartete Nutzen einer Einbürgerung für Ausländer mit einem hohen Bildungsabschluss größer sein als für einen Zuwanderer ohne Bildungsabschluss. Die Erkenntnis, dass es bei Einbürgerungen eine positive (Selbst-)Selektion gibt, ist wichtig, jedoch nicht überraschend. Interessant ist nun, ob es über die Auswahl hinaus einen direkten Effekt der Einbürgerung gibt. Anders ausgedrückt: Gibt es einen kausalen Zusammenhang zwischen Einbürgerung und Arbeitsmarkterfolg?

Um dies zu klären, wurde eine umfangreiche panel-ökonometrische Analyse durchgeführt. In dieser wurde neben beobachtbaren Charakteristika auch kontrolliert, dass sich eingebürgerte und nicht-eingebürgerte Zuwanderer auch bezüglich unbeobachtbarer Charakteristika wie zum Beispiel Motivation unterscheiden können. Das Ergebnis der Schätzungen ist, dass die Einbürgerung einen unmittelbaren positiven Effekt auf die Löhne hat und dass Beschäftigte in den Jahren nach der Einbürgerung ein überproportional starkes Wachstum der Löhne verzeichnen können. Ausländer, die sich für eine Einbürgerung entscheiden, haben also ab dem Zeitpunkt des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft ein höheres Lohnwachstum als Ausländer, die sich nicht einbürgern lassen. Die Ergebnisse weisen zudem darauf hin, dass der positive Lohneffekt der Einbürgerung für die Gruppe der Ausländer, die von außerhalb der EU zugewandert sind, überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist. Dies erklärt sich mit dem Umstand, dass diese Gruppe rechtlich die größten Differenzen mit deutschen

Arbeitnehmern aufweist und sich deshalb durch den Erwerb des deutschen Passes Arbeitsmarktstatus und -zugang deutlich verbessern.

Aus Sicht der Integrationspolitik haben die Ergebnisse eine hohe Relevanz: Zum einen verdeutlicht die Untersuchung, dass neben der staatlichen Auswahl durch gesetzliche Vorschriften eine Selbstselektion innerhalb der ausländischen Beschäftigten stattfindet. So gibt es keine Vorschriften bezüglich des Bildungsabschlusses, und doch haben eingebürgerte Zuwanderer im Durchschnitt ein höheres Bildungsniveau als die ausländische Vergleichsgruppe. Zum anderen wird das erste Mal für Deutschland belegt, dass der Einbürgerungsakt einen positiven Effekt auf den ökonomischen Assimilationsprozess von Ausländern hat. Die Analyse zeigt somit, dass die Einbürgerung auch aus ökonomischer Perspektive weder am Anfang noch am Ende des Integrationsprozesses steht, sondern einen wichtigen Meilenstein innerhalb der Integrationsphase darstellt. Dieses Erkenntnis könnte bei entsprechender Darstellung und Kommunikation seitens der Politik dazu beitragen, die im internationalen Vergleich geringen Einbürgerungsquoten in Deutschland zu erhöhen.

---

Literatur:

- ↳ Locke, J. (1977): Zwei Abhandlungen über die Regierung. Übersetzt von Hans Jörn Hoffmann. Herausgegeben und eingeleitet von Walter Euchner. 1. Auflage, Suhrkamp. Frankfurt am Main.
- ↳ Steinhardt, M. (2008): Does citizenship matter? The economic impact of naturalizations in Germany, HWWI Research Paper, 3-13, Hamburg.

---

Max Friedrich Steinhardt hat bei Prof. Dr. Thomas Straubhaar an der Universität Hamburg und am Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) promoviert. Seine Dissertationsschrift hat er im Dezember 2009 verteidigt. Bereits die Diplomarbeit von Max Friedrich Steinhardt mit dem Thema »Arbeitsmarkt und Migration – eine empirische Analyse der Lohn und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung für Deutschland« wurde in der Kategorie »Diplom-/Magisterarbeit« mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2007 des Statistischen Bundesamtes ausgezeichnet. Darüber hinaus wurden die Forschungsleistungen von Max Friedrich Steinhardt im Rahmen des Warsaw International Economic Meeting 2007 mit dem Best Paper Prize für Young Economists prämiert.

In den letzten beiden Jahren seiner Promotion hat Max Friedrich Steinhardt im Rahmen des TOM Marie Curie Training Networks Gastforscheraufenthalte am Centro Studio Luca D'Agliano in Mailand und am European Center for Advanced Research in Economics and Statistics in Brüssel wahrgenommen. Des Weiteren hat er als externer Berater für die OECD im Bereich Einbürgerung gearbeitet.

## »Wer die Sprache nicht richtig lernt, der ist nur Zaungast«

Interview mit Ian K. Karan  
Capital Intermodal Ltd.

**Am 19. Dezember 2009 haben Sie Ihre Einbürgerung richtig gefeiert. 40 Jahre haben Sie mit diesem Schritt gewartet: Hatte dieser Schritt nach dieser langen Zeit für Sie überhaupt noch praktische Relevanz im Hinblick auf geschäftlichen Erfolg, gesellschaftliches Standing etc.?**

Ian K. Karan: 40 Jahre ist eine lange Zeit und wenn man 70 ist, ist man schon dabei, sich langsam von geschäftlichen Sachen zu verabschieden. Es gibt andere Ziele und andere Dinge, die ich gern machen möchte und für die ich mir jetzt Zeit nehme. Die Einbürgerung als solche hat nur meine Zugehörigkeit zu diesem Land untermauert, so dass ich sagen kann: »Das ist jetzt mein Land, das ist jetzt meine Stadt, da fühle ich mich heimisch, da gehöre ich hin.« In meinem Alter ändert dieser Schritt nichts an der gesellschaftlichen Akzeptanz. Allerdings gab es deutsche Freunde, die fragten: Warum willst Du denn jetzt die Staatsbürgerschaft annehmen? Ganz einfach: Nach so langer Zeit ist es für mich selbstverständlich geworden, hier zu leben und mich wohl zu fühlen. Mit der Einbürgerung wollte ich dokumentieren, dass ich hierher gehöre. Nicht nach Sri Lanka, nicht nach England, sondern eben nach Hamburg.

**Warum haben Sie so lange mit der Einbürgerung gewartet? Würden Sie anderen empfehlen, diesen Schritt früher zu tun?**

Ich würde jedem empfehlen, diesen Schritt früher zu tun, eben wegen des Zugehörigkeitsgefühls zu dem Land, in dem man lebt und arbeitet, in dem man vielleicht ➤

seine Familie hat und die Kinder zur Schule gehen. Es bringt viele Vorteile mit sich. Zum Beispiel, meine Landsleute aus Sri Lanka benötigen überall ein Visum, egal wohin sie fliegen. Ich, als britischer Staatsbürger, brauche für viele Länder kein Visum und als deutscher Staatsbürger ebenfalls nicht. Allerdings war ich vor Jahren geschäftlich Richtung Indien mit meinem britischen Pass unterwegs. Ich wusste, Deutsche brauchen kein Visum für Indien. Daher nahm ich an, Engländer bräuchten auch kein Visum. Aber die Beziehungen zwischen Engländern und Indern sind etwas »anders«, als zwischen Indern und Deutschen. Die Deutschen haben eine neutrale Verbindung zu diesem Land. Briten aber brauchen ein Visum, weil auch in England Visumpflicht für indische Staatsbürger besteht. So war ich am Flughafen von Delhi und durfte nicht einreisen. Nach 24 Stunden bin ich dann zurück geflogen. Es wäre besser gewesen, wenn ich damals schon einen deutschen Pass gehabt hätte. Aber zurück zu Ihrer Frage: Ich hätte mich nicht nur wegen dieser Visumsgeschichte einbürgern lassen wollen. Als EU-Bürger hatte ich praktisch schon alle Pflichten und Privilegien, außer dem Wahlrecht für den Deutschen Bundestag. Damit war es für mich eine emotionale Frage, den Schritt zur deutschen Staatsbürgerschaft zu machen.

**Sie sind ohne Zweifel ein erfolgreicher, eingebürgerter Zuwanderer und haben sich somit vor der Einbürgerung »selbst selektiert«, hatten allerdings auch den Vorteil, bereits EU-Bürger zu sein. Inwiefern können Sie beobachten, dass eingebürgerte Freunde, Kollegen, Geschäftspartner sich von Nichteingebürgerten unterscheiden und worin?**

Ich habe wenig Zugang zu nicht Eingebürgerten. Es lassen sich vielleicht am ehesten die Menschen einbürgern, die wirtschaftlich oder gesellschaftlich besser gestellt sind. Menschen, die keine großartigen Vorteile in einer Einbürgerung sehen, sind vermutlich solche, die nicht lange bleiben wollen, ohne hohen Bildungsstandard und ohne gesellschaftliche Ziele. Wer die Sprache nicht richtig lernt, der ist nur Zaungast. Ich glaube, diese Leute haben auch gar kein Interesse, dazu zu gehören. Aber

auch die muss man mitnehmen. Uns sollte weniger die Generation interessieren, die sich damit abgefunden hat, keine Deutschen zu sein und hier keine Zukunft zu haben. Es sind vielmehr deren Kinder, die wir »abholen« müssen, weil sie auch unsere Zukunft sind. Sie können aber auch unser Problem werden, wenn sie sich nicht als Deutsche fühlen oder sich nicht mit diesem Land identifizieren wollen.

**Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration hat im Oktober 2009 als Abhilfe gegen sinkende Einbürgerungszahlen eine »Turbo-Einbürgerung« für besonders erfolgreich integrierte Zuwanderer gefordert. Die Wartezeiten für den deutschen Pass sollen bei dieser Gruppe von derzeit mindestens sechs auf vier Jahre verkürzt werden. Was halten Sie davon?**

Ich glaube nicht, dass es zu einer Einbürgerungswelle kommen wird, wenn man die Wartezeit von sechs auf vier Jahre verkürzt. Das ist für viele Menschen nicht das Kriterium. Menschen mit geringen Deutschkenntnissen haben eher Probleme mit der ganzen Bürokratie, die die Einbürgerungsbehörde verlangt. Ich hatte das Glück, dass der Einbürgerungstest für mich recht einfach war, weil ich interessiert bin und mich darüber informiere, was in Deutschland los ist. Aber jemand, der über wenig Allgemeinbildung verfügt, keine Zeitung liest und politisch nicht interessiert ist, für den wird der Prozess der Einbürgerung schwierig. Viele unterlassen diesen Schritt daher von vornherein.

Ich denke, dass man die Leute für das Land begeistern müsste. Die Nation wird in der Zukunft einen Riesenstellenwert haben. Wir müssen die Leute animieren: »Komm, das ist jetzt Dein Land, hier verdienst Du Dein Geld, hier hast Du Deinen Lebensmittelpunkt, hier wachsen Deine Kinder auf. Deshalb musst Du auch ein Gefühl der Loyalität für dieses Land entwickeln.«

Deutschland ist ein tolles Land. Wo geht es den Menschen besser als hier? Diesen Umstand müssen wir den Ausländern, die hier ohne deutschen Pass leben, vermitteln. Die bürokratischen Hürden, die die Einbürgerung mit sich bringt, sollten wir in den Hintergrund treten

lassen und viel mehr auf Emotionen setzen. Was nützt es, wenn einer gebildet ist und deshalb den Einbürgerungstest problemlos besteht; einer, der es für selbstverständlich hält, die Staatsbürgerschaft zu erlangen? Was nützt er dem Land, wenn er nicht mit ganzer Überzeugung bei uns ist? Ich glaube, es ist viel wichtiger, an die Herzen zu appellieren.

**Der Hamburger Senat lädt seit Herbst 2006 regelmäßig zur Einbürgerungsfeier in das Rathaus, »um die Integration der neuen deutschen Staatsangehörigen in einem festlichen Rahmen zu würdigen« (www.hamburg.de – Pressearchiv). Bekommt man dadurch eine besondere Beziehung zu Hamburg und vergisst für einen Moment, dass es »nur« einen deutschen, keinen hamburgischen Pass gibt?**

Das ist wirklich wahr. Ich hatte in einer meiner Reden wirklich gesagt, am liebsten wäre ich heute Hamburger, weil Deutscher zu werden, viel schwieriger ist. Sie sind Deutscher, von der Herkunft, vom Aussehen, von der Kultur, von der Zugehörigkeit – also zu 100 %. Ich denke genauso wie Sie, bin aber heute vielleicht nur zu 60 % Deutscher, denn vom Aussehen her werde ich es nie sein. Von den Emotionen, vom geschichtlichen und familiären Background bin ich ein Tamile. Das heißt, ein 100-prozentiger Deutscher ist nur jemand, der hier geboren ist und deutsche Eltern hat. Ich persönlich finde es wirklich schade, dass Hamburg keinen eigenen Pass hat, weil es eine wunderschöne Stadt ist. Sie ist eine tolerante, weltoffene Stadt, die jedem Menschen eine Perspektive gibt. Etwas Wichtigeres kann man uns Ausländern nicht bieten.

**Hätten Sie sich einbürgern lassen, wenn Sie dafür Ihren britischen Pass hätten abgeben müssen?**

Ja, das wäre für mich kein Problem gewesen. Ich bin in Sri Lanka aufgewachsen und mit 16 Jahren nach England gegangen. Mit 28 Jahren habe ich England wieder verlassen, bin für ein Jahr in der Schweiz gewesen und lebe seit 1970 in Deutschland. Das heißt: 40 Jahre. Den Großteil meines Lebens habe ich in Hamburg verbracht,

bin aber nach wie vor mit England verbunden. Und als Brite unterstütze ich auch dort karitative Zwecke. Im Juni bin ich daher zum Abendessen mit Prince Charles nach Windsor Castle eingeladen. Aber das ist lange nicht das Gleiche, was ich für Deutschland empfinde. Meine Heimat ist hier.

**Letzte und wichtigste Frage: Für wen drücken Sie bei der Fußballweltmeisterschaft die Daumen?**

Ohne Frage, für Deutschland, absolut! Auch ohne Michael Ballack als Kapitän. In Portugal ist er mein Nachbar und ich finde es außerordentlich schade, dass er nicht dabei sein wird. Ich glaube erstens, dass er es verdient hätte, Weltmeister zu werden. Und zweitens ist er ein Stabilitätsfaktor dieser Mannschaft. Ich hätte es ihm wirklich gegönnt, dabei zu sein.

Witzigerweise habe ich bei der WM 2006 1200 Euro verdient, weil ich ganz früh darauf gesetzt habe, dass die Deutschen sehr weit kommen werden. Ich denke, es wird schwer, besonders mit dieser jungen Mannschaft, aber ich hoffe wirklich, dass wir diese Weltmeisterschaft gewinnen werden.

---

---

*Ian K. Karan ist Geschäftsführer der Capital Intermodal Ltd., einer Container Leasing Gesellschaft mit weltweiten Aktivitäten im Container-Vermietgeschäft. Im Juni 2007 wurde Ian K. Karan für sein soziales und kulturelles Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.*



# KINDER, KÜCHE, KIRCHE – KARRIERE?

## Zum Einfluss der gesellschaftlichen Normen auf die Erwerbstätigkeit der Frauen

Text: Andreia Tolciu

Bis in die 1960-er Jahre galt in Deutschland gemäß dem Leitbild der Familienpolitik die Rolle der Hausfrau und Mutter als der »natürliche Beruf der Frau«. So wurde in der Einleitung zum Gleichberechtigungsgesetz von 1957 festgeschrieben: *»Es gehört zu den Funktionen des Mannes, dass er grundsätzlich der Erhalter und Ernährer der Familie ist, während die Frau es als ihre vornehmste Aufgabe ansehen muss, das Herz der Familie zu sein.«*

Entgegen diesen Ansichten ist die wachsende Erwerbstätigkeit von Frauen ein Phänomen, das heutzutage auch in Deutschland beobachtet werden kann. Von 1991 bis 2004 legte die Quote der weiblichen Erwerbstätigen um knapp 1,5 Prozentpunkte zu.<sup>1</sup> Diese leicht zunehmende Arbeitsmarktbeteiligung wird in der aktuellen politischen Diskussion hauptsächlich vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Bevölkerung und des bereits spürbaren Fachkräftemangels als eine positive Nachricht begrüßt und unterstützt.

Im Rahmen dieser Entwicklung wurde in zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen die Frage nach einzelnen Determinanten der (gestiegenen) Frauenerwerbstätigkeit untersucht. Die Mehrzahl der Studien bezieht sich jedoch hauptsächlich auf individuelle und arbeitsmarktspezifische Indikatoren. Dazu zählen Alter, Bildung, Nationalität, Anzahl und Alter der Kinder im Haushalt, Erwerbsstatus des Partners, regionale Arbeitslosenquoten und Betreuungsinfrastruktur als relevante Einflussfaktoren. Des Weiteren wurden oft die Auswirkungen einzelner Politikmaßnahmen auf die Arbeitsmarktsituation von Frauen untersucht.

Eine Reduzierung der Analyse auf diese bestimmten Einflussfaktoren verfehlt allerdings die Komplexität des Entscheidungsfindungsprozesses eines Individuums. Denn klassische ökonomische Erklärungsansätze liefern allein keine einschlägige Antwort. Immer mehr Sozialwissenschaftler, vermehrt auch Ökonomen, vertreten die Ansicht, dass die Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit nicht nur in aktuellen beruflichen Konstellationen, sondern vielmehr auch in sozialen Einflüssen zu suchen sind.

Aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen für Deutschland und andere europäische Länder zeigen, dass kulturelle und soziale Einflüsse, die sich in bestimmten moralischen und normativen Einstellungen widerspiegeln, durchaus eine relevante Rolle bei der Erwerbstätigkeitsentscheidung und dem Arbeitsumfang der Frauen spielen. Diese Einstellungen können in zwei Dimensionen unterschieden werden: Die eine bezieht sich auf die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau sowie den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau (in Aussagen wie zum Beispiel »Eine Frau sollte dazu bereit sein, ihre Arbeitszeit zu verringern, um mehr Zeit ►

1) Wenn auch die Zahl berufstätiger Frauen in Deutschland seit 1991 angestiegen ist, hat jedoch das Arbeitsvolumen von Frauen (die Gesamtheit aller von Frauen geleisteten Erwerbsarbeitsstunden) insgesamt nicht zugenommen. So ist die Zahl der Frauen, die einer Vollzeitstätigkeit nachgehen, gesunken, während zugleich viele Frauen eine Teilzeitarbeit oder eine geringfügige Beschäftigung aufgenommen haben. Dabei gilt, dass die Entscheidung zur Ausübung einer Teilzeittätigkeit bei einer großen Mehrheit der Frauen aus den alten Bundesländern »freiwillig« ist, während sie bei den weiblichen Erwerbstätigen aus den neuen Bundesländern einschließlich Berlin hingegen eher »unfreiwillig« ist. Hier wird eine Teilzeittätigkeit häufiger aus dem Grund fehlender Vollzeitstätigkeit ausgeübt.

für ihre Familie zu haben« oder »Die Aufgabe des Ehemannes ist es, Geld zu verdienen, die der Ehefrau, sich um den Haushalt und die Familie zu kümmern«. Die andere Dimension bezieht sich auf die Konsequenzen einer potenziellen Erwerbstätigkeit der Frau – zum Beispiel auf die Erziehung der Kinder (Aussagen wie »Eine berufstätige Mutter kann nicht ein genauso herzliches Verhältnis zu ihren Kindern finden, wie eine Mutter, die nicht erwerbstätig ist.«)

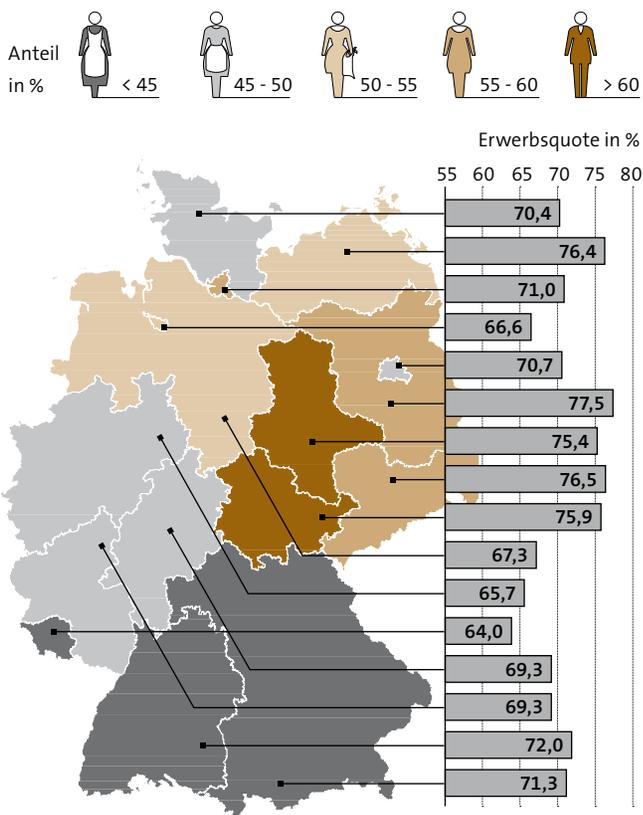
Studien zufolge beeinflusst ein traditionell geprägtes Umfeld, in dem die Frau hauptsächlich zu Hause bleibt, sich um die Erziehung der Kinder und den Haushalt kümmert, ihr Erwerbsverhalten negativ. Frauen, die in

einem solchen Familienbild verwurzelt sind, verändern ihr Erwerbsmuster kaum, selbst wenn »äußere Anlässe«, wie zum Beispiel eine günstige Arbeitsmarktlage oder keine Kinder (mehr) im Haushalt, dies fördern würden.

Vor diesem Hintergrund wurde auch gezeigt, dass ein in bestimmten Regionen vorherrschendes traditionelles Verständnis der Frauenrolle im engen Zusammenhang mit einer niedrigen Frauenerwerbsquote in den jeweiligen Regionen steht (siehe Abbildung 1).

## Wertevorstellungen noch immer sehr unterschiedlich ausgeprägt

**Abbildung 1: Anteil der Personen mit modernen Einstellungen zur Frauenrolle in der Gesellschaft und Erwerbsquote<sup>2</sup> der Frauen nach Bundesländern**



Quellen: PASS-Datensatz 2006/2007, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), eigene Berechnungen; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2007.

2) Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 65 Jahren an der Bevölkerung entsprechend der Altersgruppe. Personen in Privathaushalten, ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende. Indikatorenbildung auf Grundlage der definitorischen Abgrenzung von Eurostat.

Abbildung 1 lässt weiterhin ein klares Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle in den Wertevorstellungen zur Rolle der Frau erkennen. Dabei zeigt sich, dass Westdeutsche sich im Hinblick auf die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Konsequenzen der Frauenberufstätigkeit eher traditioneller äußern als Ostdeutsche. Dies ist durch die früheren unterschiedlichen sozialen, kulturellen und ökonomischen Kontextbedingungen erklärbar, die Ost- und Westdeutschland geprägt haben. Die Gleichstellung der Frau und ihre Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt gehörten seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu den offiziellen Zielen der Gesellschaftspolitik. Während für Frauen in der DDR die eigene Berufstätigkeit den Normalfall darstellte, wurde sie in Westdeutschland eher als eine Option betrachtet. In diesem Sinne wurden in der DDR auch die dazu notwendigen Politikmaßnahmen (zum Beispiel Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur) implementiert. Diese prägen offensichtlich bis heute sowohl das Arbeitsmarktverhalten als auch die Arbeitseinstellungen der Bevölkerung.

Das Nord-Süd-Gefälle ist zwar in den Wertevorstellungen deutlich, stimmt allerdings nicht mit der Erwerbsquote der Frauen in den jeweiligen Regionen überein. Denn obwohl im Durchschnitt die Einstellungen in den überwiegend katholisch geprägten Bundesländern, wie Bayern und Baden-Württemberg, traditioneller sind als jene in den protestantischen Bundesländern im Norden, weisen die südlichen Regionen deutlich höhere Frauenerwerbsquoten auf. Dies lässt sich größtenteils durch die

hier vorherrschende bessere Arbeitsmarktlage erklären, die sich positiv auch auf die Arbeitsmarkteteiligung der Frauen auswirkt.

Des Weiteren lässt sich feststellen, dass berufstätige Personen (sowohl Männer als auch Frauen, unabhängig von der Region) moderner eingestellt sind als nicht berufstätige Personen. Überraschend erscheint es allerdings, dass Männer allgemein moderner eingestellt sind als Frauen (siehe Tabelle 1).<sup>3</sup> Einige Studien legen in dieser Hinsicht die Vermutung nahe, dass aufgrund einer bestimmten Sozialisierung viele Frauen sich selbst mit der praktizierten traditionellen Rollenteilung identifizieren und dadurch mit dem *Status quo* eines solchen Geschlechterverständnisses zufrieden sind.

**Tabelle 1: Anteil der Personen mit modernen Einstellungen zur Rolle der Frau in der Gesellschaft**

	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Gesamt	50,7	55,6	37,4	42,9
Erwerbstätige	57,2	60,3	47,5	44,4
Arbeitslose	49,9	52,7	36,5	41,1
Hausfrauen/-männer	39,9	61,9	27,8	36,5

Quellen: PASS Datensatz 2006/2007, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), eigene Berechnungen.

Anmerkung: Die Anteile beziehen sich auf die Gesamtheit der Personen in der jeweiligen Gruppe.

Sowohl diese Erkenntnisse über die unterschiedlichen Ausprägungen der Einstellung zur Frauenrolle in der Gesellschaft, als auch jene über die Relevanz von Normen auf dem Arbeitsmarkt, liefern wichtige Anhaltspunkte für politischen Entscheidungsträger. Die existierende Gesetzgebung, welche die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung beeinflusst, muss in Zukunft vermehrt nicht nur den strukturellen und politischen Wandel im Blick haben, sondern auch die vorherrschenden Einstellungen und sozialen Normen berücksichtigen. Denn, wenn politische Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden sollen, muss dies gleichzeitig auch mit einer Leit-

3) Ausnahme hier sind die westdeutschen erwerbstätigen Männer mit 44 % gegenüber westdeutschen erwerbstätigen Frauen mit 47,5 %.

bildveränderung im Sinne einer Wertewandlung, die von allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen getragen wird, einhergehen und umgekehrt.

## Wertewandel politisch nicht beeinflussbar?

Allerdings bleibt die Frage offen, ob überhaupt und inwiefern die Politik einen Wertewandel in der Gesellschaft einleiten und fördern kann. Eng damit verbunden ist auch die Frage, wo Entscheidungsträger ansetzen sollten: Die Richtung der Kausalität zwischen Arbeitsbeziehungswise Geschlechter Einstellungen und individuellem Arbeitsmarkterfolg ist in der Forschung nicht ausreichend untersucht. Während vorherrschende soziale Einstellungen einen Einfluss auf die individuelle Arbeitsmarktsituation haben, könnte gleichermaßen auch ein umgekehrter Einfluss vorliegen. Ein günstiger beziehungsweise prekärer Arbeitsmarkstatus der Bevölkerung in einer Region prägt dann die Struktur und Stärke der allgemeinen sozialen Einstellungen.

Aufgrund dieser (noch unklaren) gegenseitigen Abhängigkeiten bleibt dieses Thema sowohl für Wissenschaftler als auch für politische Entscheidungsträger eine Herausforderung. Eine zukünftige gemeinsame Herangehensweise, die Wissenschaft und Praxis eng verbindet, könnte wertvolle Einsichten zu den Bestimmungsgründen der sozialen Arbeits- und Geschlechter Einstellungen und deren Einfluss auf den Arbeitsmarkt liefern.

---

Menschen, die uns hinsichtlich Alter, Bildungsstand, Konfession und der ethnischen Herkunft ähneln und mit denen wir (regional) in engem Kontakt stehen, spielen für den individuellen Erfolg auf dem Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle – so die Quintessenz der Dissertation von Dr. Andreia Tolciu. In den vier Artikeln ihrer Doktorarbeit wagt die promovierte Volkswirtin einen innovativen interdisziplinären Spagat auf dem Gebiet der Arbeitsmarktforschung. Für sie zählen nicht nur harte Fakten (zum Beispiel regionale Indikatoren wie die Arbeitslosenquote), sondern auch weiche Faktoren, wie kulturelle Werte und Arbeitseinstellungen. Daher wendet sie in ihrer Forschungsarbeit nicht nur klassische ökonomische Methoden an, sondern bedient sich auch soziologischer Instrumente. Promoviert wurde Dr. Andreia Tolciu im Dezember 2009 bei Prof. Dr. Thomas Straubhaar an der Universität Hamburg und am Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) im Rahmen eines Stipendiums der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (SDW).

# »Die Erwerbsbeteiligung von Frauen wird aufgrund ökonomischer Notwendigkeiten und kulturellem Wandel weiter steigen«

**Interview mit Manuela Badur**

Diplom-Soziologin

**»Wir haben uns mit Bildung, Beruf und Wunschkindern zufrieden gegeben. Heute wissen wir ja auch, dass das nicht wenig ist« so fasste in einem Interview eine ältere ostdeutsche Frau ihren Rückblick auf das DDR-Frauenleben zusammen. Was waren Ihrer Ansicht nach die größten Unterschiede in der Familienpolitik der DDR und BRD und welche Auswirkungen haben sie heute nach wie vor auf die Gesellschaft?**

Manuela Badur: In der DDR waren die Erwerbsbiografien stärker der staatlichen Lenkung unterworfen. Es gab das Recht, aber auch die Pflicht zur Arbeit. Politisches Ziel war es – aus ideologischen, aber auch aus ökonomischen Gründen – Eltern und vor allem auch Mütter voll in die Erwerbsarbeit einzubinden. Aufgrund der politischen Rahmenbedingungen hat sich dann ein anderes Selbstverständnis herausgebildet. Für Frauen in der DDR war es Normalität, relativ früh Kinder zu haben und gleichzeitig berufstätig zu sein – weitestgehend in Vollzeit und unterbrochen durch ein staatlich finanziertes »Babyjahr«. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, wurde den Familien eine flächendeckende, zeitlich umfangreiche institutionelle Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt, sie wurden bei der Wohnungsvergabe bevorzugt und hatten gegenüber Kinderlosen keine größeren Nachteile.

In der Bundesrepublik gab es weniger sozialpolitische Maßnahmen, um Frauen in das Berufsleben zu integrieren. In den 1950-er, 1960-er Jahren gab es das Ideal der »Hausfrauenehe«, wobei der Mann Vollzeit gearbeitet hat und die Frau sich in erster Linie um Haushalt und Kinder kümmerte. Dieses Modell war teilweise auch gesetzlich untermauert, indem der Mann als Familienoberhaupt definiert war und bestimmte Entscheidungen treffen durfte – anfangs auch über die Erwerbstätigkeit

der Frau. Seit den 1970-er Jahren gibt es dann die Entwicklung hin zum Doppelverdienerhaushalt, wobei die Mütter immer noch eher in Teilzeit arbeiten und häufig für die Betreuung von Kindern vorübergehend aus dem Beruf aussteigen. Tendenziell kann man aber sagen, dass die Lebenswege der westdeutschen Frauen individualisierter waren und mehrere Optionen boten: als Mutter berufstätig zu sein oder auch nicht – oder zum Beispiel kinderlos zu bleiben. Aber auch hier ist der Lebensweg nicht immer eine frei gewählte Entscheidung, sondern abhängig zum Beispiel von der individuellen Sozialisation, der beruflichen Qualifikation und der Arbeitsmarktsituation.

Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in Ost und West wirken bis heute nach und schlagen sich auch in den individuellen Einstellungen nieder. So lehnen Frauen aus Ostdeutschland häufig das Modell der nicht berufstätigen Hausfrau ab, Frauen aus Westdeutschland äußern sich oftmals eher skeptisch gegenüber der in Vollzeit berufstätigen Mutter.

**In puncto Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Deutschland international Schlusslicht. War die Politik hier nicht erfolgreich oder stellt sich die Frage nach Möglichkeiten einer Beeinflussung von Normen und Werten? Ist der Ausbau der Kinderbetreuung das Allheilmittel für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf?**

Dass Deutschland international das Schlusslicht bildet, kann man so pauschal nicht sagen. Aber sicherlich gibt es in einigen Bereichen im Vergleich zu Frankreich und einigen skandinavischen Ländern einen gewissen Nachholbedarf. Deutschland hat im Vergleich zu anderen Staaten, die eine erfolgreiche Vereinbarkeitspolitik betreiben, lange eher in den finanziellen Transfer an Fami-

lien investiert und weniger in eine Infrastruktur, wie zum Beispiel Kinderbetreuung, Ganztagschulen, Dienstleistungen und institutionelle Unterstützung. Hier findet zurzeit jedoch ein Umdenken und eine Umsteuerung statt.

Aber es stimmt, dass eine gut ausgebaute Kinderbetreuung zwar zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führt, aber dennoch nicht dazu, dass alle Mütter erwerbstätig sind. Abgesehen von der Arbeitsmarktsituation gibt es kulturelle Prägungen, die dazu führen, dass Mütter nicht immer im größtmöglichen Umfang berufstätig sind oder sein möchten. Politik sollte meines Erachtens den Familien aber nicht die Lebensform vorschreiben, sondern gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und auch Väter schaffen. Frauen sollten sich heute in jedem Fall auch Gedanken um ihre eigene berufliche Qualifikation und finanzielle Absicherung unabhängig vom Partner machen. Das neue Unterhaltsrecht beispielsweise sichert nach einer Scheidung nicht mehr unbedingt den Lebensunterhalt der Frau.

Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird aber zunehmend auch ein Thema für Männer. An der Inanspruchnahme des Elterngeldes sehen wir, dass Väter ein Interesse haben, sich an der Erziehung der Kinder zu beteiligen und in der Familie einzubringen – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Die Beteiligung von Vätern an der Erziehung und Kinderbetreuung wiederum kann den Müttern neuen Raum für berufliche Aktivitäten bieten. Neben den politischen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind auch die Unternehmen gefragt, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern flexible Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, um den Eltern zeitlichen Spielraum für Erziehungsaufgaben und Familienleben zu geben.

**Was meinen Sie, erwarten werdende, berufstätige Mütter von ihrem (männlichen) Arbeitgeber? Was muss Ihrer Meinung nach geschehen, damit in Deutschland eine Familien- und Arbeitskultur erreicht wird?**

Mütter – und auch Väter – erwarten von ihrem Arbeitgeber, dass sie durch die Familiengründung nicht benachteiligt werden und dass familiäre Belange bei der Arbeits-

organisation berücksichtigt werden, zum Beispiel durch die Gewährung von Teilzeitarbeit, bei der Urlaubsplanung oder durch die Einrichtung von Telearbeitsplätzen.

Die Erwartungen von Müttern bzw. Eltern an ihre Arbeitgeber sind aber je nach Qualifikation sicherlich unterschiedlich. Gerade hoch qualifizierte Frauen haben zunehmend ein Interesse daran, ihre berufliche Karriere nach der Elternzeit fortzusetzen. Hier sind rechtzeitige und verbindliche Absprachen mit dem Arbeitgeber zu empfehlen, zum Beispiel über den Zeitpunkt der Rückkehr und die berufliche Weiterentwicklung. Frauen empfehle ich hier, rechtzeitig zu planen und ihre Vorstellungen mit dem Arbeitgeber zu besprechen. Der Wunsch an die Arbeitgeber bzw. Personalverantwortlichen ist, sich dann rechtzeitig Gedanken zu machen – zum Beispiel über den Erhalt einer Führungsposition in vollzeitnaher Teilzeit oder über die Möglichkeit von Telearbeit oder flexiblen Arbeitszeiten, um die qualifizierte Person im Unternehmen zu halten.

**Welche Familienform und welche Art von Erwerbstätigkeit erwarten Sie in 2030?**

Zwanzig Jahre sind für derlei Entwicklungen ja ein kurzer Zeitraum. Nach wie vor wird die klassische Familie die Regel sein, bei der die Kinder bei den leiblichen und größtenteils verheirateten Eltern aufwachsen – aber auch andere Familienformen sind akzeptiert und Normalität. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen wird aufgrund ökonomischer Notwendigkeiten und kulturellem Wandel weiter steigen. Dennoch werden Eltern in der Familienphase beruflich kürzertreten, in Zukunft auch häufiger die Väter. Die Vollzeit-Erwerbsbiografie wird unterbrochen durch Familien- oder auch Pflegephasen. Die Lebensarbeitszeit wird tendenziell länger und bietet auch im letzten Drittel noch Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten.

---

*Manuela Badur ist Diplom-Soziologin und arbeitet als Sachgebietsleiterin Grundsatzangelegenheiten Familien- und Erwerbsleben, Familienstruktur im Referat »Familienpolitik« der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg.*

# 5 JAHRE HWWI

## 24. März 2005

Nachdem die Gründung des HWWI am 16. März 2005 durch die Gesellschafter, die Universität Hamburg, vertreten durch den damaligen Präsidenten Dr. Dr. h.c. Jürgen Lüthje, und die Handelskammer Hamburg, vertreten durch den Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz, vollzogen worden war, bereiten sich die ersten zukünftigen Mitarbeiter des Instituts auf die Arbeit vor. Der erste gemeinsame Fototermin im Hamburger Hafen am 24. März 2005 war für Elzbieta Linke, Gunnar Geyer und Prof. Dr. Thomas Straubhaar ein unvergesslicher Tag. Am 1. April 2005 nahm das HWWI seine operative Arbeit auf.

## April 2007

2007 – die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Die gute konjunkturelle Entwicklung führt zu steigenden Steuereinnahmen und verminderten Ausgaben für Arbeitslosigkeit. Als Folge sinkt das Budgetdefizit auf 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts. Eine Steuersenkungsdebatte beschäftigt Deutschland.

*Jörg Hinze, Konjunkturrexperte im HWWI, sieht zwar zunächst einen anhaltenden Aufschwung in Deutschland, befürchtet jedoch ab dem Spätsommer 2007 wegen der Immobilien- und Finanzkrise in den USA und wegen des starken Ölpreisanstiegs zunehmend Schatten über den weiteren Konjunkturperspektiven. Insgesamt hat Deutschland das wirtschaftlich gute Jahr 2007 weder genutzt, den Haushalt zu sanieren, noch die Steuerzahler an der guten Konjunktur teilhaben lassen. Hinze sieht in der heutigen Staatsverschuldung eine der größten Gefahren für die weitere konjunkturelle Entwicklung.*

## Oktober 2008

Am 1. und 2. Oktober 2008 würdigte das HWWI »100 Jahre Wirtschaftsforschung in Hamburg«.

*»Das HWWI liefert mit seinen hochklassigen Analysen und Prognosen wichtige Grundlagen für Entscheidungen in Politik und Wirtschaft. Es ist daher ein hervorragendes Beispiel für Forschung, die nicht im Elfenbeinturm bleibt, sondern unmittelbar alltagstauglich ist.« – so der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Ole von Beust, in der Pressemitteilung des HWWI vom 29. September 2008.*

## 3. Juni 2005

In Deutschland hält die Debatte über ein Scheitern der Währungsunion an. Das Hamburger Abendblatt veröffentlicht ein Interview mit Thomas Straubhaar, Leiter des HWWI, unter der Überschrift »Der Euro ist eine Erfolgsgeschichte«.

*Wie damals, so auch heute, hält Thomas Straubhaar die Diskussion über das Scheitern des Euro für absurd. Das Vorurteil, dass der Euro ein Teuro sei, entlarvt er als einen gewaltigen emotionalen Stimmungsmacher. Mehr im Beitrag »Die T-Euro-Lüge« vom 14. Mai 2010 unter: <http://straubhaar-blog.abendblatt.de>.*

## Juni 2005

Aufstand der Wirtschaftswissenschaftler

Mehr als 240 Professoren für Volkswirtschaftslehre schalten sich im Juni 2005 kritisch in die wirtschaftspolitische Debatte ein. In einem von den Hamburger Professoren Michael Funke, Bernd Lucke und Thomas Straubhaar initiierten »Hamburger Appell« werfen sie führenden Bundespolitikern vor, wissenschaftlich nicht fundierte Konzepte zu propagieren.

*Viele Reformvorschläge liegen auf dem Tisch, auch vom HWWI. Wie zum Beispiel zur Neuausrichtung der Gesundheitspolitik (siehe das erste Gutachten des HWWI mit der Techniker Krankenkasse vom April 2006 mit dem Titel »Wachstum und Beschäftigung im Gesundheitswesen. Beschäftigungswirkungen eines modernen Krankenversicherungssystems«, an dem Gunnar Geyer und Henning Vöpel maßgeblich mitgearbeitet haben) oder der Energiepolitik (siehe die HWWI / Shell-Studie »Biokraftstoffe und Nachhaltigkeit – Ziele, Probleme, Instrumente, Lösungen« vom November 2007, die von Michael Bräuninger, Leon Leschus und Henning Vöpel verfasst wurde). Die Untersuchungen des HWWI münden in der Feststellung: Es braucht Mut zur Radikalität und Leadership – auch in schwierigen Situationen, damit die Reformvorschläge und Ideen nicht unter den Tisch fallen.*

## Juni 2007

Ab dem 1. Juni 2007 erhält das HWWI finanzielle Förderung von einem neuen strategischen Partner – der Hamburger Nordcapital Unternehmensgruppe.

*Als langjähriges Fördermitglied der Gesellschaft der Freunde und Förderer des HWWI stellt Nordcapital zusätzlich einen neuen Standort für das Institut bereit. Die wunderschöne und von Grund auf restaurierte sowie an die Bedürfnisse des HWWI angepasste Villa in der Heimhuder Str. 71 bezieht das HWWI im Oktober 2007.*

## Februar 2009

Die Finanzkrise hat die globale Wirtschaft fest im Griff. Auch in Deutschland ist mit keinem raschen Wirtschaftsaufschwung zu rechnen. Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise erwartet Prof. Dr. Thomas Straubhaar eine Geldentwertung für die Zeit nach 2010, also ab 2011, von über 5 %, aber unter 10 %.

*Diese Aussage schiebt Straubhaar aus heutiger Sicht auf der Zeitachse nach hinten und sieht eine Inflationsgefahr erst NACH 2011, also ab 2012. Die Grundargumente sind für ihn aber immer noch dieselben.*

## April 2009

Prof. Dr. Michael Berleemann von der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg wird neuer Leiter des HWWI-Kompetenzbereiches »Weltwirtschaft«.

*Der Kompetenzbereich wurde zuvor drei Jahre lang von Prof. Dr. Matthias Busse erfolgreich geleitet. Herr Busse wurde auf den Lehrstuhl für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Ruhr-Universität Bochum berufen. Dem HWWI bleibt Herr Busse als Research Fellow erhalten.*

#### Juli 2005

Am 14. Juli stellt das HWWI zusammen mit der Berenberg Bank die erste Studie aus der viel beachteten Reihe »Strategie 2030 – Vermögen und Leben in der neuen Generation« mit dem Titel »Energierohstoffe« vor. Die Autoren weisen auf die weiter steigende Tendenz zur Erhöhung der Energiepreise hin. Sie stellen aber auch klar, dass die fossilen Brennstoffe Erdöl, Kohle und Erdgas auch im Jahr 2030 den weit überwiegenden Teil des Energieverbrauchs ausmachen werden.

*Im Juli 2008 stieg der Ölpreis auf über 140 US-Dollar je Barrel, fünf Monate später lag er als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise bei unter 40 Dollar. Die Ölpreise haben laut Klaus Matthies, Rohstoffexperte im HWWI, zeitweise »mehr mit Stimmung als mit der Realität zu tun« (Wirtschaftsblatt vom 14. Mai 2010). Die Euro-Krise ließ den im Zuge der konjunkturellen Erholung bis April 2010 auf 85 Dollar gestiegenen Ölpreis erneut sinken, doch für 2011 rechnet Matthies mit einer Rückkehr zum steigenden Trend und einem Überschreiten der 80-Dollar-Marke.*

#### Mai 2008

Am 30. Mai erscheint das HWWI / Berenberg-Städteranking. Das Ergebnis der Studie zeigt Frankfurt am Main als Gewinner. München und Stuttgart folgen auf den Plätzen zwei und drei, während alte Industriestädte wie Gelsenkirchen, Wuppertal und Chemnitz das Schlusslicht in punkto Zukunftsaussichten bilden.

*Hamburg belegt gleichauf mit Köln Platz sieben und gehört zu den attraktiven und ökonomisch erfolgreichen Städten Deutschlands. Dr. Silvia Stiller, Experte für regionale Entwicklungen im HWWI, sieht eine Reihe vorhersehbarer wirtschaftsstruktureller und demografischer Trends, die Hamburgs Zukunft positiv beeinflussen können. (siehe die Studienreihe des HWWI in Kooperation mit alstria office REIT-AG.)*

#### Juni 2009

Am 29. Juni präsentiert das HWWI das Plan- und Simulationsspiel FidZ (Finanzen der Zukunft). In FidZ entscheiden die Spieler darüber, welche Politik in Hamburg in den kommenden 20 Jahren verfolgt wird. Sie gestalten die Zukunft der Hansestadt, indem sie in mehreren aufeinander folgenden Perioden festlegen, wie viel Geld in die einzelnen Aufgabenbereiche der Öffentlichen Hand fließen soll und wie die geplanten Vorhaben zu finanzieren sind.

*»Wir wollen die Schüler für finanzpolitische Fragen sensibilisieren, bei ihnen ein Bewusstsein für die volkswirtschaftlich bedeutsamen Aspekte der öffentlichen Finanzen schaffen«, sagt Dörte Nitt-Driefselmann, Projektleiterin und Experte für ökonomisch-politische Bildung im HWWI, in DIE WELT am 25. April 2010.*

#### April 2006

Am 20. April präsentiert das HWWI zum ersten Mal das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens.

*Immer noch bewegt dieser Reformvorschlag ganz Deutschland. Die wachsende Zahl an Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens speist sich aus einem breiten gesellschaftlichen und politischen Spektrum, das von Linken über Sozialdemokraten und Christdemokraten bis hin zu Marktliberalen reicht. Ingrid Hohenleitner, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg und am HWWI, Experte für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, plädiert im Interview mit dem Deutschlandfunk am 24. Februar 2010 für eine radikale Reform der sozialen Sicherungssysteme hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen für alle.*

#### Juni 2008

Am 19. und 20. Juni veranstalten das HWWI und das Wilhelm-Röpke-Institut zusammen mit anderen Initiatoren das wissenschaftliche Symposium »60 Jahre Soziale Marktwirtschaft in Deutschland«. Im Rahmen der Veranstaltung wird die Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft diskutiert. Die Jubiläumsveranstaltung endet mit einem Festakt, in dessen Rahmen Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog spricht, und der Vorstellung des Jenaer Aufrufs zur Sozialen Marktwirtschaft durch die Initiatoren.

#### März 2010

Zwei Forscher des HWWI – Dr. Alkis Henri Otto und Dr. Henning Vöpel – werden von der HSBA Hamburg School of Business Administration zu Professoren berufen.

*»Unsere Wissenschaftler haben sich durch ihre hervorragende Forschungsarbeit am HWWI für die Professorentätigkeit an der HSBA qualifiziert. Ich freue mich, dass sie die Gelegenheit erhalten, ihr Fachwissen an die Studierenden der HSBA weiterzugeben.« – so Prof. Dr. Thomas Straubhaar in einer Pressemitteilung der HSBA vom 11. März 2010.*

#### Dezember 2009

Am 9. Dezember findet an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg die Antrittsvorlesung von Prof. Dr. Michael Bräuninger mit dem Titel »Krise in der Wirtschaft(swissenschaft)« statt. Prof. Dr. Michael Bräuninger, Konjunktur- und Steuer-Experte im HWWI, sieht die Kritik an der Wirtschaftsforschung vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise als unberechtigt an. *»Allerdings zeigt die Krise, dass die theoretische und empirische Forschung weiterentwickelt werden muss. Dabei ist zum Teil eine neue Gewichtung in den grundlegenden Annahmen und Ansätzen vorzunehmen.«, sagt Bräuninger.*

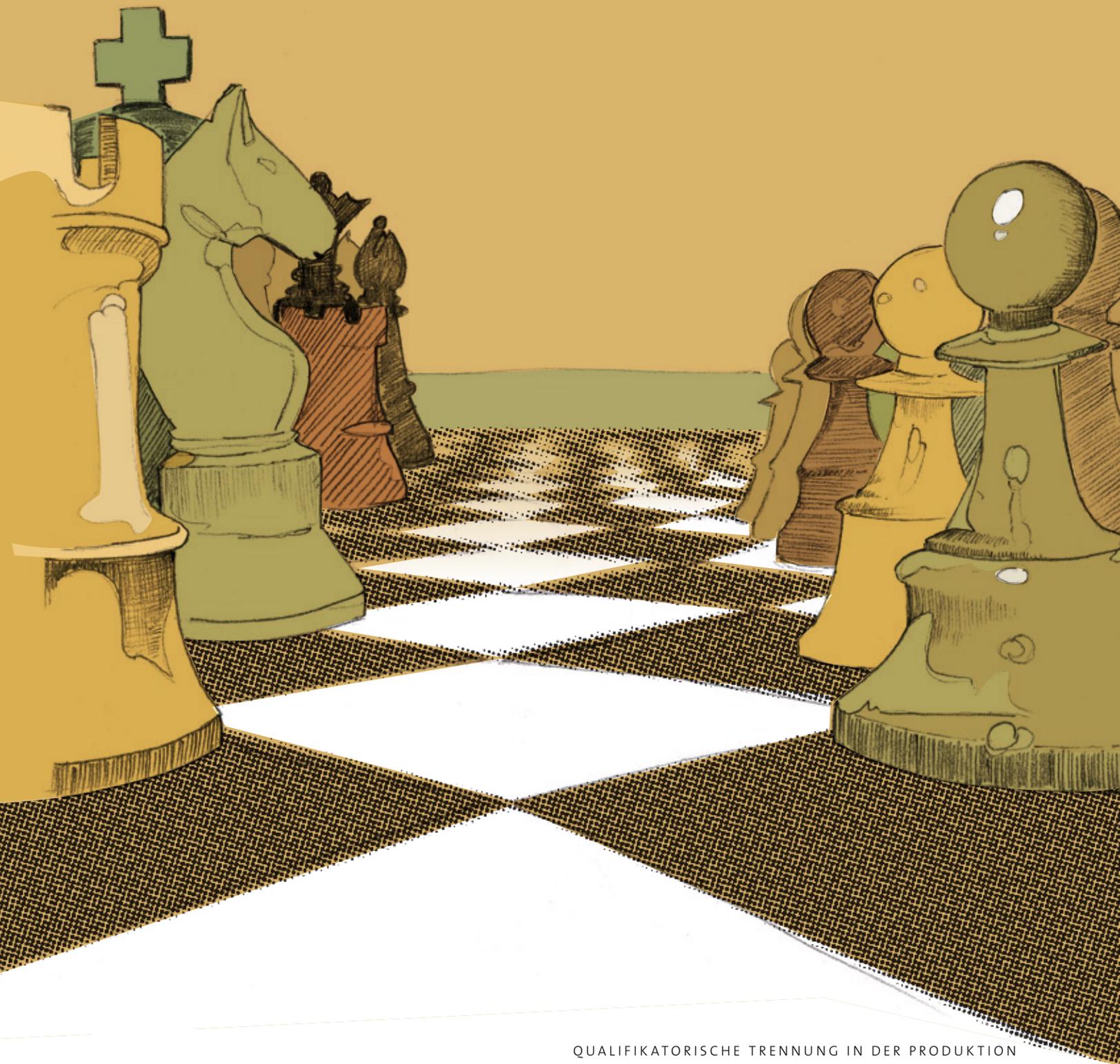
#### Juni 2010

Am 11. Juni beginnt die Fußball-Weltmeisterschaft in Südafrika. Doch schon lange vorher wird über Favoriten, Außenseiter und natürlich die Chancen der deutschen Mannschaft spekuliert. Aus Anlass der Weltmeisterschaft 2010 startet das HWWI zusammen mit Spiegel Online einen experimentellen Fußballaktienmarkt.

*Prof. Dr. Henning Vöpel, Experte für Sportökonomie im HWWI, sagt: »Über den Spielspaß hinaus liefert ein solcher Fußballaktienmarkt Prognosen über den Ausgang der WM. News, wie zum Beispiel Verletzungen oder Rote Karten von Spielern, beeinflussen die Erwartungen der Marktteilnehmer und führen zu Kursänderungen. Aber Kursbewegungen können auch Spekulation und Blasen erzeugen. Durch die Auswertung der Daten erhoffen wir uns Erkenntnisse über die Funktionsweise von Aktienmärkten.«*

#### Dezember 2006

Die Öffentlichkeit hat es Ende 2006 erfahren: das HWWI eröffnet eine Filiale in Ostdeutschland. Am 12. Februar 2007 ist es soweit. PD Dr. Joachim Zweynert wird wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Thüringen des HWWI in Erfurt. Ab dem 1. Juni 2008 erhält das HWWI in Erfurt eine Doppelspitze. Der langjährige Minister des Freistaats Thüringen, Andreas Trautvetter, übernimmt die kaufmännische Leitung.



QUALIFIKATORISCHE TRENNUNG IN DER PRODUKTION

# QUALIFIKATORISCHE TRENNUNG IN DER PRODUKTION

## Ein Nachteil für gering qualifizierte Beschäftigung?

Text: Friso Schlitte

Menschen mit geringer Qualifikation haben es auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland besonders schwer, einen Job zu finden. Die Gesellschaft steht vor der Frage, wie Geringqualifizierte trotz stetig steigender Qualifikationsanforderungen und zunehmender Konkurrenz mit Niedriglohnländern langfristig in den deutschen Arbeitsmarkt integriert werden können. Produktionsprozesse, an denen sowohl geringer als auch höher Qualifizierte gemeinsam beteiligt sind, könnten die Beschäftigungschancen von Personen mit niedrigem Qualifikationsniveau langfristig verbessern.

Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung haben es zunehmend schwerer, einen Arbeitsplatz in Deutschland zu finden.

Während die Entwicklung der Beschäftigung kurzfristig wesentlich durch die konjunkturelle Entwicklung bestimmt wird, ist der langfristige Trend von Struktureffekten, wie der Globalisierung der Arbeitsmärkte, dem wirtschaftlichen Strukturwandel und dem damit einhergehenden technologischen Wandel beeinflusst. In den hoch entwickelten Ländern zeigt sich in der Folge eine zunehmende Spezialisierung auf wissensintensive Produktionsbereiche. Der Einsatz neuer Technologien und Verfahren stellt ständig neue Ansprüche an die Arbeitskräfte. Diese zu bewältigen, fällt gut ausgebil-

deten Arbeitskräften in der Regel leichter. Zudem sind Arbeitskräfte mit höherer Qualifikation in der Regel schwerer durch neue Technologien oder Arbeitskräfte im Ausland zu ersetzen. Insgesamt haben gut ausgebildete Arbeitskräfte weniger Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz in Deutschland zu finden als Arbeitskräfte ohne entsprechende Ausbildung. Die Globalisierung und der damit einhergehende qualifikationsverzerrte technologische beziehungsweise organisatorische Wandel spiegeln sich deutlich in der qualifikationsspezifischen Beschäftigungsentwicklung hoch entwickelter Länder wie Deutschland wider. Während die Beschäftigungszahlen gering qualifizierter Arbeitskräfte in Deutschland rückläufig sind, nimmt die Beschäftigung von Hochqualifizierten stetig zu (vgl. Abbildung 1).

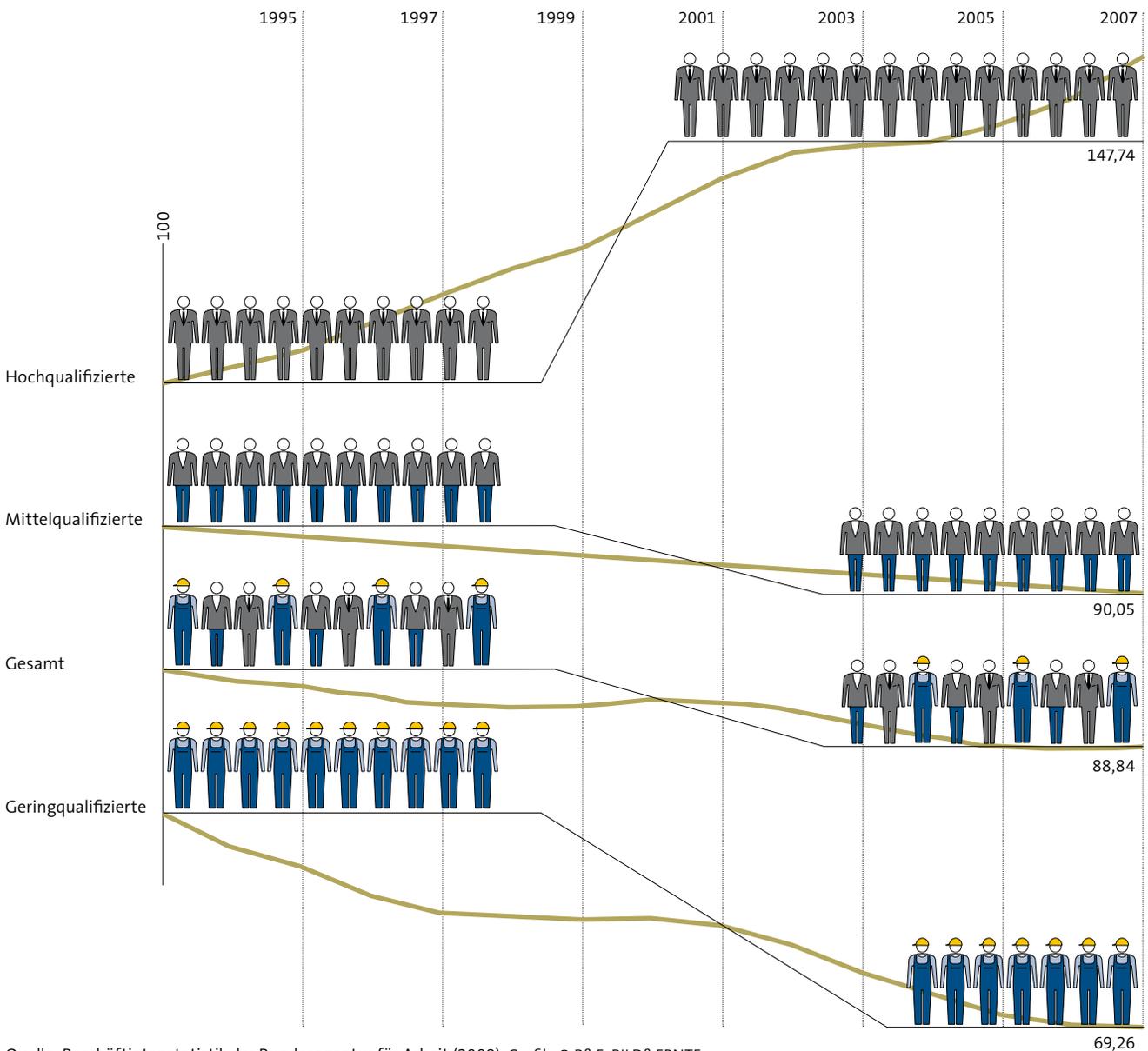
Die Beschäftigung von Geringqualifizierten in deutschen Betrieben findet zunehmend von anderen Qualifikationsgruppen separiert statt.

Der qualifikatorische Strukturwandel wirkt sich auch auf die Qualifikationsstruktur der Beschäftigung in den Betrieben aus. Allerdings ist festzustellen, dass sich innerhalb der Betriebe nicht nur die Anteile zugunsten der Hochqualifizierten verschieben. Vielmehr zeigt sich, ►

dass unterschiedliche Qualifikationen zunehmend ungleichmäßig über die Betriebe verteilt sind. Es gibt mehr und mehr Betriebe, in denen überwiegend ein bestimmter Qualifikationstyp beschäftigt wird. Einige Unternehmen, wie zum Beispiel Einzelhandelsdiscounter, beschäftigen vorwiegend un- oder angelernte Arbeitskräfte, während andere, wie beispielsweise Hersteller von Spitzentechnologien, vorzugsweise Hochschulabsolventen beschäftigen. In der Folge arbeiten Beschäftigte immer häufiger mit anderen Personen gleicher oder

ähnlicher Qualifikation und immer seltener mit anderen Qualifikationsgruppen in einem Betrieb gemeinsam. Es findet also eine zunehmende qualifikatorische Segregation im Produktionsprozess statt. Abbildung 2 stellt die Entwicklung der Segregation von Geringqualifizierten (ohne Berufsausbildung) von den übrigen Qualifikationsgruppen in westdeutschen Betrieben dar. Der abgebildete *Duncan Index* gibt an, wieviel Prozent der Geringqualifizierten umverteilt werden müssten, damit deren Beschäftigungsanteil in jedem Betrieb identisch

Abbildung 1: Qualifikationsspezifische Beschäftigungsentwicklung in Westdeutschland, 1993 bis 2007 (1993=100)



Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (2009). Grafik: © B&E, BILD&ERNTE

wäre. Die Grafik zeigt, dass der Index zwischen 1993 und 2005 um rund vier Prozentpunkte gestiegen ist. Die Beschäftigung von Un- und Angelernten in deutschen Betrieben findet somit zunehmend von anderen Qualifikationsgruppen separiert statt.

## Räumliche Nähe zu höher Qualifizierten kann sich positiv auf die Produktivität von geringer Qualifizierten auswirken.

Die ökonomische Literatur liefert verschiedene Hinweise darauf, dass sich die räumliche Nähe zu höher qualifizierten Beschäftigten positiv auf die Produktivität von Beschäftigten mit niedrigerem Bildungsniveau auswirkt. Zum einen wird argumentiert, dass geringer qualifizierte von höher Qualifizierten lernen und somit die Produktivität direkt durch Wissenstransfers beeinflusst wird. Zum anderen hängt die Arbeitsproduktivität aller Qualifikationsgruppen von der verwendeten Produktionstechnologie ab. Es wird davon ausgegangen, dass die Produktivität von Arbeitskräften mit hohem Bildungsniveau durch den Einsatz moderner Produktionstechnologien überproportional steigt. Folglich sind die unternehmerischen Anreize, in neue Technologien zu investieren, insbesondere dann gegeben, wenn der lokale Humankapitalbestand vergleichsweise hoch ist. Der Einsatz neuer, komplexerer Technologien und Verfahren kann jedoch auch dazu führen, dass Arbeitskräfte mit unzureichender Ausbildung den gestiegenen Anforderungen nicht mehr gerecht werden können. Gesamtwirtschaftlich kann dies zu einer Trennung der Produktion in Bereiche mit geringer Qualifizierten auf der einen, und höher Qualifizierten auf der anderen Seite führen. Da Un- und Angelernte in segregierten Produktionsbereichen weder von entsprechenden Lerneffekten, noch durch den Einsatz moderner Technologie profitieren, sinkt ihre Produktivität im Vergleich zu Arbeitskräften mit gleicher Qualifikation, die einen Arbeitsplatz mit höher qualifizierten Kollegen teilen. Die Trennung nach Qualifikation zeigt sich zunächst in einer zunehmenden Spreizung der qualifikationsspezifischen Einkommen.

Sind die Löhne am unteren Ende der Skala nach unten unflexibel, kann qualifikatorische Segregation zudem zu steigender Arbeitslosigkeit führen. Dies wäre dann der Fall, wenn die Arbeitsproduktivität aufgrund der Segregation unter das Niveau des Reservationslohns – die Lohnuntergrenze, zu der eine Person bereit ist, Arbeit aufzunehmen – sinkt.

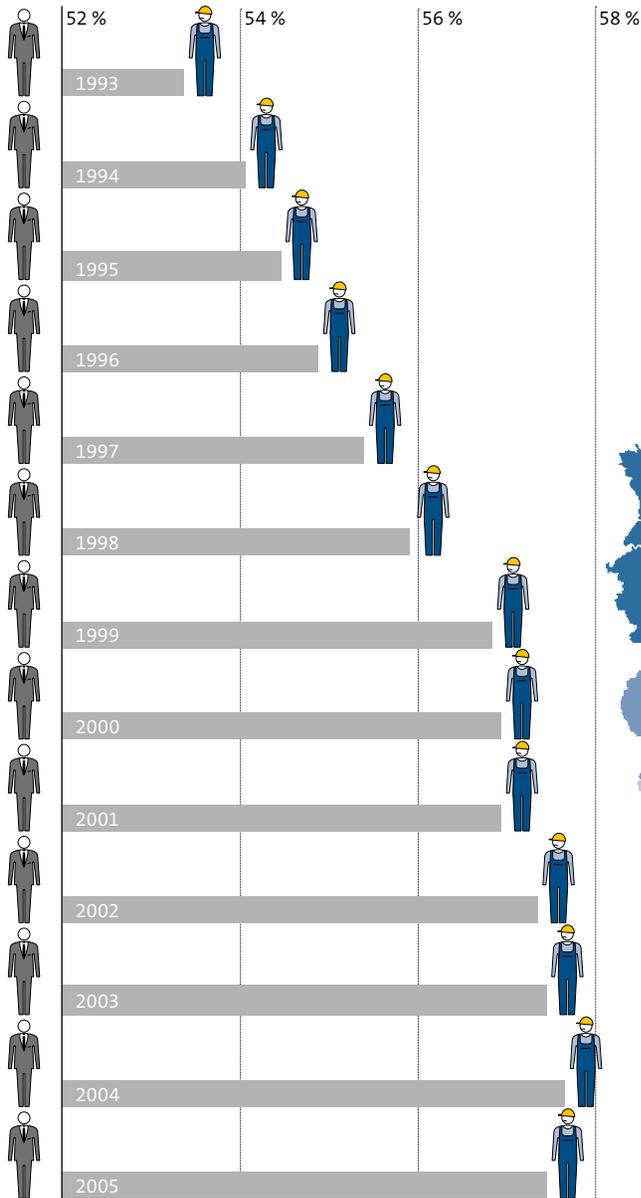
Mögliche Folgen der Trennung nach Qualifikation im Produktionsprozess auf die Beschäftigungsentwicklung wurden erstmalig im Rahmen eines Forschungsprojekts (siehe Infokasten) empirisch untersucht. Zudem ist das Ausmaß der Segregation anhand umfassender Datensätze der Bundesagentur für Arbeit erstmals auf regionaler Ebene ausgewertet worden. Wie in Abbildung 3 dargestellt, bestehen zwischen westdeutschen Regionen deutliche Niveauunterschiede bei der betrieblichen

## Eine Abkoppelung der gering qualifizierten Beschäftigten im Produktionsprozess in westdeutschen Regionen wirkt sich negativ auf deren Beschäftigungschancen aus.

Trennung nach Qualifikation. Die Spannweite des *Duncan Index* reicht von 44 % in Braunschweig bis zu 69 % in Ingolstadt. Des Weiteren haben im Rahmen des Projekts durchgeführte ökonometrische Analysen ergeben, dass sich die qualifikatorische Trennung der Arbeitskräfte im Produktionsprozess negativ auf die Beschäftigungschancen von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung auswirkt. Die Ergebnisse zeigen, dass eine Erhöhung des Segregationsniveaus (*Duncan Index*) um einen Prozentpunkt zu einer Reduktion der jährlichen Wachstumsrate von un- und angelernter Beschäftigung um 0,13 Prozentpunkte führt.

Gering qualifizierte Menschen haben es in Deutschland zunehmend schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden. Ein höheres Qualifikationsniveau am unteren Ende der Skala könnte dazu beitragen, Geringqualifizierte langfristig wieder besser im Produktionsprozess – mit höher qualifizierten Beschäftigten – zu integrieren. Dies wird sicher nicht in jedem Fall möglich sein. Es gilt aber ➤

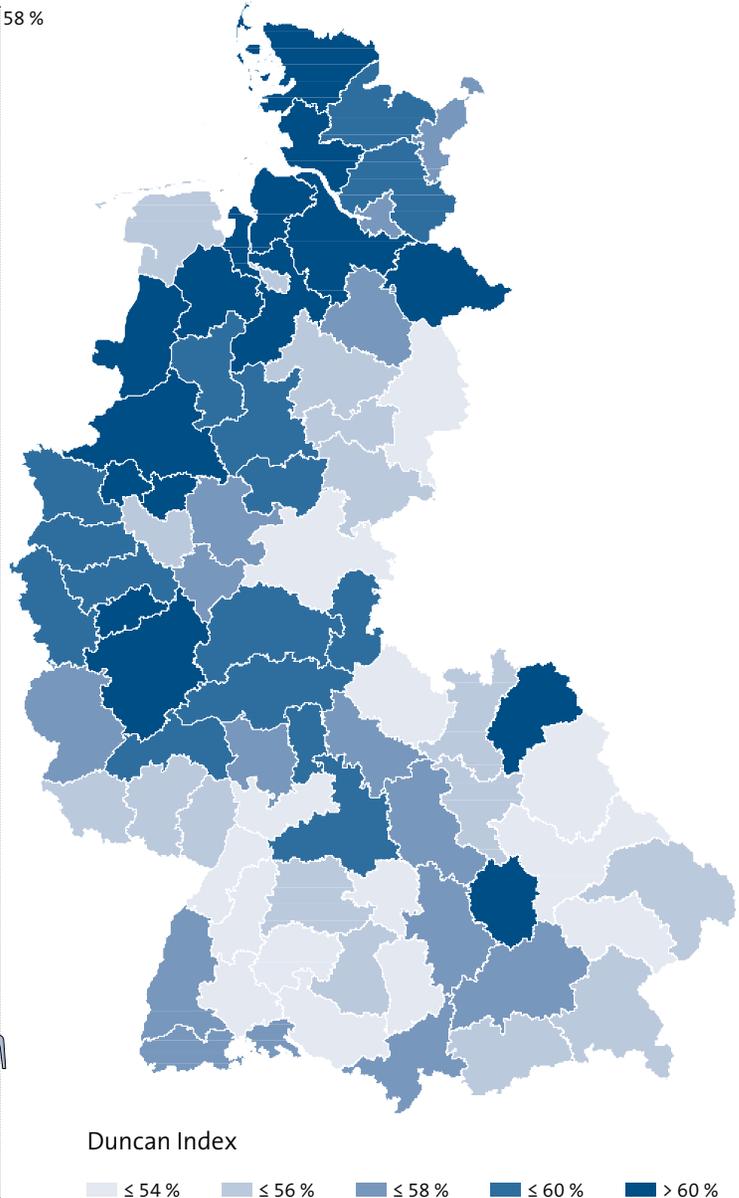
Abbildung 2: Segregation von Geringqualifizierten in deutschen Betrieben (*Duncan Index*), 1993 bis 2005



Quellen: Betriebshistorik-Panel (IAB 2009), eigene Berechnung.

zukünftig zu vermeiden, Potenziale von Kindern und Jugendlichen liegen zu lassen. Insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche sollten stärker und frühzeitiger als bisher gezielt gefördert werden, damit zukünftig möglichst wenig junge Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung in den Arbeitsmarkt eintreten werden. Dies wird sicher viel Geld kosten, aber die langfristigen ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen bei Unterlassung werden weitaus gravierender sein.

Abbildung 3: Regionale Unterschiede der qualifikatorischen Segregation, 2005



Quellen: Betriebshistorik-Panel (IAB 2009), eigene Berechnung.

Friso Schlitte ist Mitarbeiter im Kompetenzbereich »Hamburg und regionale Entwicklungen« des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) sowie im regionalen Forschungsnetz des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die Analysen zur qualifikatorischen Segregation sind Teil seiner Dissertation zum Thema »Wachstum und Entwicklungsunterschiede in Regionen« sowie des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts »Die regionale Dimension des qualifikatorischen Strukturwandels in den alten Bundesländern«, welches institutsübergreifend vom IAB (Annekatrien Niebuhr und Friso Schlitte) und dem Institut für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover (Javier Revilla Diez und Fabian Böttcher) bearbeitet wird.

# »Wir setzen auf Nachwuchs aus den eigenen Reihen«

**Interview mit Heiko Schwarz**  
GRG Services Group

**Ein Großteil der Tätigkeiten in Ihrem Unternehmen erfordert keine besonders hohen Anforderungen an die berufliche Qualifikation Ihrer Mitarbeiter. Ist es in den letzten Jahren einfacher geworden, Arbeitskräfte für einfachere Tätigkeiten zu rekrutieren, da die Zahl der Jobsuchenden in diesem Bereich gestiegen ist?**

Heiko Schwarz: Die Rekrutierung von Arbeitskräften in unserer Branche ist bereits seit Jahren ein Thema für viele Firmen. Einen positiven Trend konnten wir bisher leider nicht erkennen. Allerdings haben wir mit der aktuellen Berichterstattung, ausgelöst durch den Auftritt meines Bruders (Anmerkung: Stephan Schwarz) bei Maybrit Illner eine sehr gute Resonanz erhalten. Das Thema, das im März dort diskutiert wurde, drehte sich um die Problematiken, die wir als Gebäudereiniger bei der Suche nach Arbeitskräften haben. Im Nachgang zu dieser Sendung haben wir dann über 600 Initiativbewerbungen erhalten, was für uns als Unternehmen sehr positiv war.

**Wünschen Sie sich für Ihre Branche ein besseres Image im Hinblick auf die Anforderungen Ihres Personals, damit sich auch für besser qualifizierte Anreize ergeben, bei Ihnen tätig zu werden?**

Zur Gewinnung von besser qualifizierten Kräften, beispielsweise für Führungsaufgaben, verfolgt die GRG Services Group eine Strategie, die im Wesentlichen drei Punkte umfasst: Zum einen differenzieren wir uns im Markt durch unsere Qualitätsführerschaft, die in unserer Leistung, aber auch unserem Auftritt, deutlich wird.

Weiterhin setzen wir auf Nachwuchs aus den eigenen Reihen, das heißt wir qualifizieren unsere Mitarbei-

ter im Unternehmen weiter. Intensives *Networking*, beispielsweise mit Schulen und Universitäten, um qualifizierte Bewerber frühzeitig zu erkennen, runden die Strategie ab. Auf diese Art und Weise schaffen wir ein attraktives Arbeitsumfeld, das in der öffentlichen Wahrnehmung durch gezielte Maßnahmen im Marketing und der Öffentlichkeitsarbeit gestützt wird.

Bei all diesen Maßnahmen ist uns durchaus bewusst, dass auf der Wunschliste höher qualifizierter Mitarbeiter nicht die Gebäudereinigung als Branche ganz oben steht. Allerdings können wir als GRG Services Group unser Image auch selbst aktiv pflegen und damit die Voraussetzungen schaffen, die uns als Arbeitgeber attraktiv machen.

**Kann Weiterbildung durch interne Kommunikation und Zusammenarbeit statt extern eingekaufter Fortbildung ein Unternehmenswert sein? Und sehen Sie eine besondere Verantwortung / Herausforderung für die betriebliche Qualifikation Ihrer Mitarbeiter, da Sie nicht in der Lage sind, Ihre Produktion ins Ausland zu verlagern?**

Die Antwort auf beide Fragen ist ein eindeutiges JA. Um die Qualitätsführerschaft in unserer Branche zu behaupten, sind gut eingewiesene und geschulte Mitarbeiter ein wesentlicher Baustein zur Erfüllung dieser Strategie. Daher haben wir die GRG Services Academy gegründet, in der wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GRG über 60 Schulungsbausteine anbieten. Dabei setzen wir sowohl auf Wissensvermittlung durch interne Kommunikation und Zusammenarbeit, als auch auf externe Partner. Der Schulungsumfang reicht dabei von der Ersts Schulung für Reinigungskräfte, in der Grundlagen der Reinigungstechnik und -chemie anschaulich dargestellt

werden, bis hin zur Weiterbildung als Fachwirt oder Meister. Mit über 8 000 Schulungsstunden jährlich stellt dies eine große Investition dar, die sich im Unternehmenswert widerspiegelt; denn wir sprechen anspruchsvolle Kunden an, die beispielsweise aus dem Bereich der 4- und 5-Sterne Hotellerie, aber auch hygienekritischen Branchen, wie beispielsweise der Krankenhausreinigung, kommen.

**Ist die schulische Förderung, insbesondere von benachteiligten Kindern und Jugendlichen, aus Ihrer Sicht ausreichend? Oder haben Sie Probleme, auch im Bereich der Tätigkeiten für gering qualifiziertes Personal ausreichend geschultes Personal zu finden?**

Schulische Bildung ist in aller erster Linie Aufgabe politischer Gestaltung. Allerdings sehen wir uns als inhabergeführtes Familienunternehmen mit starken regionalen Wurzeln auch in der Verantwortung, insbesondere den Übergang zwischen Schule und Betrieb mit zu gestalten. Daher unterstützt die GRG Services Group Projekte wie beispielsweise »Hauptschüler in den Beruf« oder steht über Schulpatenschaften in engem Austausch mit Schulen. So sind wir in der Lage, den jungen Menschen ein Bild der späteren Arbeitswelt zu vermitteln, und ihnen, aber auch den Lehrern, deutlich zu machen, worauf wir als Arbeitgeber insbesondere Wert legen. Dabei haben wir in unserer Arbeit beobachtet, dass es häufig an grundlegenden Dingen fehlt: Wie schreibe ich eine saubere und richtige Bewerbung? Wo kann ich mich bewerben? Wie erfahre ich, was mich in meinem späteren Beruf erwartet?

Wir vermitteln den jungen Menschen auch, dass sie zunächst herausfinden müssen, was sie am meisten interessiert und dass es auch viele spannende Jobs gibt, die sie vielleicht zunächst nicht in Betracht gezogen haben. Wir geben Anstöße, wie die jungen Menschen Qualifikationen entdecken, die in ihnen schlummern – so sind beispielsweise viele Jugendliche mit Migrationshintergrund zwei- oder dreisprachig aufgewachsen. Dies ist eine hervorragende Qualifikation, die man beispielsweise im Tourismus einsetzen kann. Und wir schaffen ein Bewusstsein dafür, dass man sich frühzeitig selbst

darum kümmern muss, sich um einen Job zu bewerben. Aktiv zu werden, motiviert zu sein und auch nicht das Selbstbewusstsein zu verlieren, wenn man einmal eine Absage erhält – diese Grundlagen versuchen wir zu vermitteln.

Gleichzeitig bieten wir als GRG Services Group natürlich auch Chancen an, beispielsweise über Praktika in unseren Job hinein zu schnuppern; und mit über 40 Ausbildungsplätzen leisten wir ebenfalls einen Beitrag für die Nachwuchskräftegewinnung.

---

*Heiko Schwarz leitet als geschäftsführender Gesellschafter seit 2000 das Familienunternehmen GRG Services Group in dritter Generation in Hamburg. Die GRG beschäftigt als Gebäudereinigungsunternehmen mehr als 3 000 Mitarbeiter und erwirtschaftete 2009 einen Umsatz von mehr als 50 Millionen Euro.*

# MYTHOS PLANWIRTSCHAFT

## Vom Scheitern der DDR aus ordnungsökonomischer Sicht

Text: Stefan Kolev

»Aber alle hatten doch Arbeit!« 20 Jahre nach dem Mauerfall ist das Erbe der DDR immer noch gegenwärtig, materiell wie ideell. Die Hypothek des untergegangenen Systems lastet schwer, die Prägungskraft der alten Ideologie wurde offenbar von vielen unterschätzt. Vergleicht man die relative Einstellung zur Bedeutung der Freiheit im Vergleich zur Gleichheit in Ost und West, so ergibt sich ein bemerkenswertes, in Abbildung 1 dokumentiertes Muster.

Noch frappierender ist die Einschätzung zur auf dem Wert der Freiheit basierenden Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik, der Sozialen Marktwirtschaft, wie aus Abbildung 2 ersichtlich wird: Deren Popularität ist im Osten innerhalb von 20 Jahren von knapp 80 % auf unter 20 % eingebrochen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist offensichtlich in die Defensive geraten, ihre Legitimation schwindet. Laut einer Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung vom Oktober 2008 wünschen sich ausgerechnet junge Bürger im Osten den Sozialismus in hohem Maße zurück und verweigern damit der heutigen Ordnung die Akzeptanz. Die Zweigniederlassung Thüringen des HWWI sieht vor diesem Hintergrund ihre Kernaufgabe gerade darin, für das Verständnis der Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft in den Neuen Ländern einzutreten. Dabei darf es allerdings nicht nur um die Betonung der liberalen Ideengeschichte der Bundesrepublik und der Gründungsväter der Sozialen Marktwirtschaft gehen. Vielmehr muss ebenfalls die Geschichte des »sozialistischen Staates auf deutschem Boden« intensiv einbezogen werden: Die mangelnde Akzeptanz der heutigen Wirtschaftsordnung im Osten hat auch und vor allem

mit der Verklärung der Mythen aus der eigenen DDR-Vergangenheit zu tun.

Die Planwirtschaft der DDR: Was davon ist besonders relevant? Die Wirtschaftsgeschichte der DDR ist ein intensiv erforschtes Gebiet, so dass es nicht darum gehen kann, der bestehenden Literatur ein weiteres Buch hinzuzufügen. Unsere Intention ist stattdessen betont diskursiv: Uns geht es darum, die in den Köpfen vieler Menschen noch immer fest verwurzelten Mythen über die Planwirtschaft ordnungsökonomisch zu widerlegen. Uns geht es aber nicht nur um den wissenschaftlichen Beweis, sondern auch darum, unsere Argumente in die politische Öffentlichkeit zu tragen. Um welche Mythen geht es? Dies wollen wir an drei Beispielen erläutern.

### Mythos 1: Die DDR war in den 1980-er Jahren wohlhabender als Großbritannien.

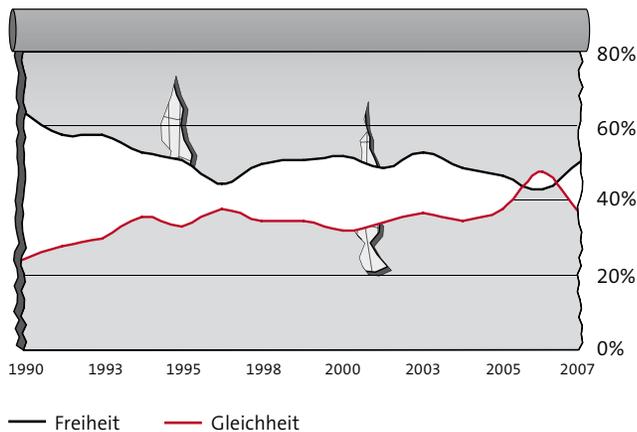
Dieser Satz, der auch im Westen bis zur Wende verbreitet war, spiegelt sehr viele interessante Facetten wider, was an Gedankengut über die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft kursiert. Die DDR wurde und wird häufig als moderner Industriestaat dargestellt, der über einen starken industriellen Kern verfügt habe, welcher nach der Wende »verspielt« oder »verschenkt« worden sei.

Eigentlich müsste man es besser wissen. Von der ökologischen Katastrophe abgesehen, war die DDR 1989 völlig bankrott: Der ungeschminkte Bericht von Oktober 1989 des Leiters der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, an das Politbüro der Sozialistischen ►

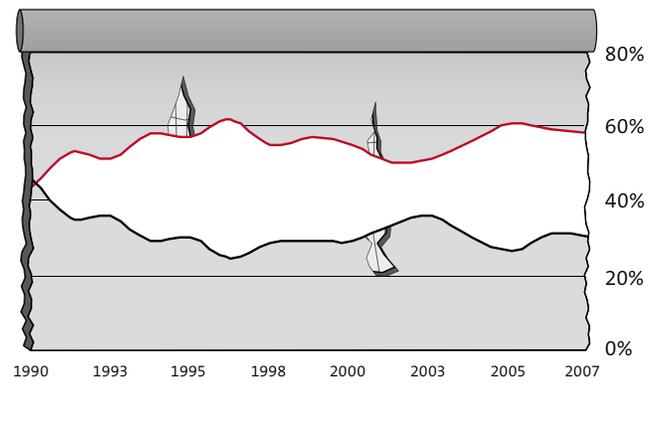


## Abbildung 1: Innerdeutsche Einstellung: Freiheit und Gleichheit in Ost und West

Was ist wichtiger in Westdeutschland?



Was ist wichtiger in Ostdeutschland?



Aussagen: »Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Freiheit / Gleichheit wichtiger.«

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach. Grafik: © B&E, BILD&ERNTE

Einheitspartei Deutschlands (SED) zeigt eindrucksvoll, dass das System am Ende war. Falls die DDR mit ihrer explodierenden Westverschuldung fortbestehen soll, so Schürer, müsste der Lebensstandard »um 25-30 %« gesenkt werden, was allerdings »die DDR unregierbar machen« würde. Ganz ähnlich urteilte der wichtigste praktische Ökonom der DDR, Günter Mittag, der jahrzehntelang Sekretär für Wirtschaft beim Zentralkomitee der SED war. In seinen 1991 erschienenen Memoiren beschreibt er in aller Ausführlichkeit, dass die DDR schon Anfang der 1980-er Jahre vor dem Ruin stand, der nur durch die galoppierende Westverschuldung aufgeschoben wurde. Auch was den Kapitalstock der DDR-Industrie anbetrifft, so fällt Mittag ein vernichtendes Urteil: Er stellt ihn als (von Ausnahmen abgesehen) allgemein veraltet und durch den Investitionsstau der Honecker-Ära absolut marode dar.

## Mythos 2: Das war nicht der wahre Sozialismus. Das Scheitern lag an menschlichem Versagen da oben.

Diese Aussage ist im gesamten ehemaligen Ostblock verbreitet. Die These ist dabei, dass es die individuellen »Entartungen« oder die menschlichen »Schwächen« der damaligen Elite gewesen sind, die das System in den

Ruin getrieben hätten und nicht die systemimmanenten Tendenzen.

Sicherlich: Die Schuld und die eklatanten Vergehen der SED-Führungsrige stehen außer Frage. Auch ist richtig, dass die massive Überalterung des Politbüros und die Abschottung gegenüber der jüngeren Elite die Inflexibilität im System verstärkt haben. Aber die allgemeine Frage lautet, ob die systemimmanente Logik Reformfähigkeit zuließ. Die Erfahrungen mit dem im Vergleich zum Stalinismus der 1950-er Jahre einigermaßen liberalen Reformansatz des »Neuen Ökonomischen Systems« in den 1960-er Jahren zeigen eins deutlich: Trotz absolutem Rückhalt seitens des ersten Mannes im Staat, Walter Ulbricht, erwies sich die Wirtschaftsordnung der der DDR-Planwirtschaft kaum mit dem Bestreben nach Leistungsorientierung und individuellen Anreizen kompatibel. So erscheint es als ein Verzweiflungsakt der ökonomischen Führung, wenn sich Schürer im Oktober 1989 wieder von ähnlichen, diesmal aber »sofortigen« Reformen hin zum Umbau des zentralen Planungsmechanismus eine Rettung der DDR-Wirtschaft erhofft. Wie zahlreiche ordnungsökonomische Studien zum Systemvergleich zeigen, ist die Planwirtschaft nur sehr rudimentär mit marktwirtschaftlichen Elementen kombinierbar: Auch Länder wie Ungarn, die für ihre marktsozialistischen Experimente viel Lob bekommen haben, waren 1990 nicht minder bankrott als die stark

zentralistisch geführte DDR. Das System ist also überall im Ostblock gescheitert, trotz der unterschiedlich zusammengesetzten Eliten und den unterschiedlichen Reformbestrebungen in den einzelnen Ländern.

### Mythos 3: Die DDR wurde im Rahmen des Ostblocks ausgebeutet.

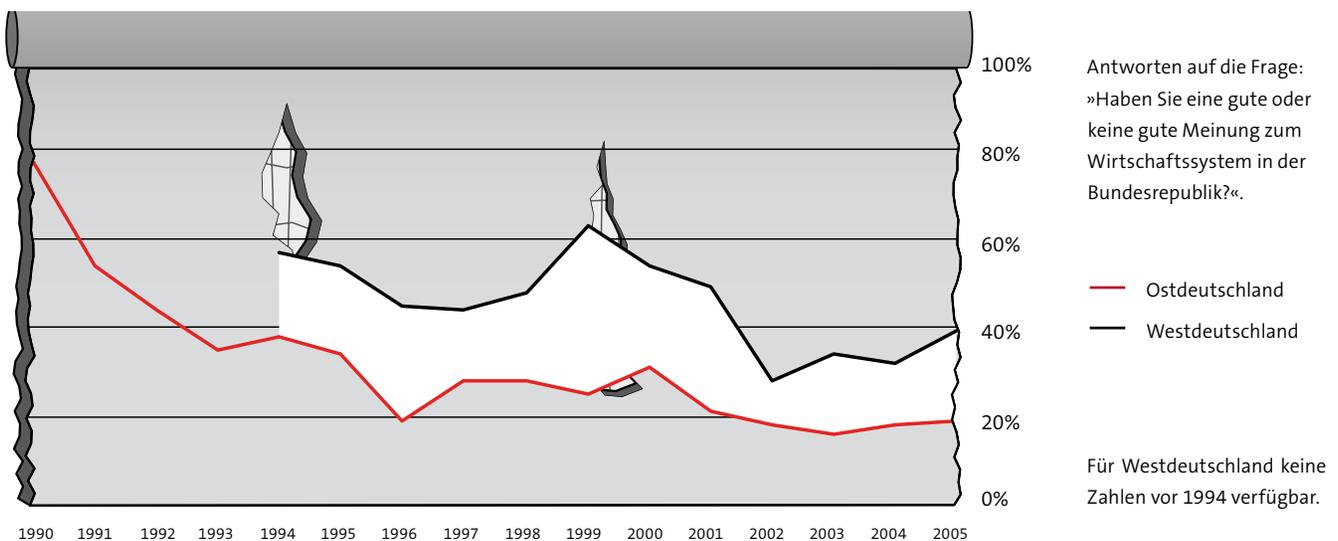
Häufig wird die These vertreten, dass die DDR im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), also des Ostblocks-Außenhandelsgeflechts, nicht fair behandelt wurde und deshalb aufgrund der schlechten Außenhandelsbedingungen gescheitert sei. Richtig daran ist, dass die erheblichen Reparationsleistungen in den frühen Nachkriegsjahren, die unter anderem in Form von Industrie-Demontage Richtung Sowjetunion vorgenommen wurden, sehr viele industrielle Wunden hinterlassen haben. Auch ist wahr, dass die DDR am Anfang keine guten Außenhandels-Voraussetzungen im Vergleich zum Westen aufwies, weil sie von den gewachsenen industriellen Beziehungen und insbesondere vom Ruhrgebiet auf einen Schlag abgeschnitten wurde.

Aber ist das wirklich ein Grund für das Scheitern? Drei Aspekte sprechen dagegen. Erstens war der RGW, auch in Mittags Darstellung, nur zu sehr rudimentärer Arbeitsteilung überhaupt imstande. Die Unfähigkeit von

Planwirtschaften zum effektiven Betreiben von Handel miteinander und ihre damit einhergehende Tendenz zur Abschottung wurden von liberalen Ökonomen schon sehr früh theoretisch nachgewiesen. Zweitens war die DDR in den späteren Jahrzehnten, auch in den Augen der Sowjetunion, ein Aushängeschild des Sozialismus, als »äußerster Vorposten« des Systems in Mitteleuropa. Diese Perspektive wusste die DDR-Führung häufig zu instrumentalisieren, um beim »großen Bruder« beispielsweise günstige und / oder größere Rohstofflieferungen zu erbitten. Man wollte schließlich keinen zweiten 17. Juni, auch keine »polnischen Verhältnisse«. Erst Michail Gorbatschow hat dieses »Aussaugen« der Sowjetunion durch die RGW-Staaten unterbunden. Drittens hatte die DDR in ihrem Außenhandel einen einmaligen Vorteil: den innerdeutschen Handel. Dieser spielte eine immer größere Rolle, sowohl was die heiß begehrten Konsumgüter für die Bevölkerung, als auch was die technologisch wichtigen Investitionsgüter für die Wirtschaft anbetrifft. Es lässt sich also gar die These aufstellen, dass die DDR nicht wegen, sondern trotz des Außenhandels gescheitert ist.

Für eine neue, dezidiert ordnungsökonomische Analyse der DDR-Wirtschaft ist es wahrlich höchste Zeit. Sonst droht ideell auch die Soziale Marktwirtschaft im Osten zu scheitern. Deshalb sollen im Anschluss an die

Abbildung 2: Innerdeutsche Ansichten: Beurteilung der Sozialen Marktwirtschaft in Ost und West



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach. Grafik: © B&E, BILD&ERNT

theoretische und empirische Auseinandersetzung mit den oben skizzierten Mythen, die Erkenntnisse als wissenschaftlich fundierte Aufklärung der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Dazu sind sowohl eine Vortragsreise durch Schulen in den Neuen Ländern als auch die Präsentation von Ergebnissen in ostdeutschen und überregionalen Medien geplant.

---

---

#### Die Planwirtschaft der DDR – Mythos und Wirklichkeit

Die Idee für diese neue Aufgabe der Zweigniederlassung entstand im Oktober 2008 bei einer Veranstaltung des HWWI in Erfurt: Frau Professor Dagmar Schipanski, damals Präsidentin des Thüringer Landtages, legte in einem engagierten Beitrag aus dem Publikum sehr überzeugend die Notwendigkeit dar, die Wirtschaftsgeschichte der DDR aufzuarbeiten. Das Projekt wird durch führende ordnungspolitische Stiftungen und Think Tanks unterstützt: Die Grundfinanzierung erfolgt durch die Ludwig-Erhard-Stiftung, die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung; die Friedrich August von Hayek-Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit haben sich bereit erklärt, einzelne Workshops und Publikationen zu unterstützen. Neben diesen Institutionen hat Privatdozent Dr. Michael Wohlgemuth, geschäftsführender Forschungsreferent des Freiburger Walter Eucken Instituts und Träger des von der Jenaer Allianz verliehenen ORDO-Preises 2010, großzügigerweise einen Großteil seines Preisgeldes dem Projekt gestiftet.

## »Die Hypothek der DDR: Die Soziale Marktwirtschaft erbt einen Bankrott«

Interview mit Prof. Dr. Dagmar Schipanski

**Frau Professor Schipanski, an welches persönliche Erlebnis mit der zentralen Planung der DDR denken Sie beim Begriff »Planwirtschaft«?**

Professor Schipanski: Beim Begriff »Planwirtschaft« denke ich immer an die Autos, die wir 40 Jahre lang gefahren haben. Den Trabant, den Wartburg und wenn's hoch kam noch ein russisches Auto – nicht weiterentwickelt, primitivster Standard – und meinen Sie, wir sind freiwillig Trabant gefahren, weil wir besonders guten Kontakt zu unseren löchrigen Straßen haben wollten?

**Gegenwärtig äußern nur 19 % der Ostdeutschen eine positive Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft. Inwiefern hängt diese erschreckende Zahl aus Ihrer Sicht mit dem unbewältigten ideellen Erbe der DDR zusammen?**

Mit der Sozialen Marktwirtschaft wird von sehr vielen Menschen in den Neuen Ländern die Arbeitslosigkeit verbunden. Und da die friedliche Revolution eben neben den politischen Veränderungen so gravierende wirtschaftliche Veränderungen mit sich gebracht hat, weil die DDR heruntergewirtschaftet war und damit sehr viele Menschen arbeitslos geworden sind, ist leider der Begriff »Soziale Marktwirtschaft« in den Neuen Ländern negativ belegt.

**Haben Sie die Hoffnung, dass dieses unbewältigte ideelle Erbe ein Generationenproblem ist?**

Ich gehe nicht davon aus, dass es ein Generationenproblem ist. Das zeigt ja beispielsweise auch das Wiedererstarken der *Linken* sogar in den Alten Ländern, die unverhohlen die Ziele der sozialistischen Planwirtschaft propagieren. Deshalb ist für mich wichtig, dass wir ►

uns mit den Fehlern, den Mängeln und den grundlegend falschen Voraussetzungen der Planwirtschaft auseinandersetzen und daraus die Bevölkerung in der ehemaligen DDR auch erkennt, dass nicht die friedliche Revolution die Arbeitsplätze wegrationalisiert hat, sondern letzten Endes der ökonomische Bankrott der DDR die Ursache ist.

**Wo hat die über Nacht übernommene Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in der ersten Hälfte der 1990-er Jahre die Entwicklung von Eigeninitiative, Selbstständigkeit, Subsidiarität und Unternehmertum behindert und Keime der Dynamik erstickt? Wurde so möglicherweise in den neuen Bundesländern der Eindruck erweckt: »Es wird wieder staatlich gelenkt!«?**

Wir haben einen Keim der Dynamik gehabt, in den Neuen Ländern, der insbesondere von Universitäten und Forschungsinstituten ausgegangen ist. Viele junge Leute haben sich dort mit eigenen Ideen selbstständig gemacht. Was uns aber zum einen fehlte, war eine Kenntnis des rechtlichen Systems, eine Kenntnis des politischen Systems, in das wir hineingegangen sind. Daraus haben sich am Anfang viele Fehler ergeben. Zum anderen war nicht gut, dass man eine hoch entwickelte staatliche Ordnung auf einen Vorgang angewendet hat, der eigentlich in sich eine ungeheure Dynamik geborgen hat. Ich nenne als Beispiel: Brauche ich die Zustimmung von 30 Trägern öffentlicher Belange, wenn ich eine Garagenfirma gründen will? Es gab sehr viele junge Leute, die Softwarefirmen gründen wollten in Wohngebieten. Das war nicht gestattet. Brauche ich erst eine Herren- und Damentoilette, bevor ich überhaupt eine Firma gründen kann? Und dann muss ich auch sagen, das Ganze vor dem Hintergrund, dass wir mit 4 000 Mark in die Deutsche Einheit gegangen sind. Da habe ich noch nicht über die Verhandlung mit den Banken gesprochen. Es waren denkbar ungünstige Bedingungen für Neugründungen bei uns. Und von der Treuhand sind leider viele Fehler gemacht worden, weil sie nicht mit denen diskutiert haben, die eine Kenntnis von der inneren Dynamik des DDR-Systems hatten, sondern sie haben mit

den Funktionären verhandelt, die eben Funktionäre waren und keine Manager.

**Wenn Sie an die Soziale Marktwirtschaft in den Neuen Ländern im Jahre 2030 denken, was haben Sie da vor Augen? Welche Rollen weisen Sie dabei der Politik und der Zivilgesellschaft zu?**

Also: Ich sehe die Soziale Marktwirtschaft als einzige Alternative für die Entwicklung *aller* Länder. Das ist wirklich eine globale Entwicklung, die wir anstreben müssen. Und für mich ist eigentlich das Entscheidende: Wie schaffen wir Ordnungsregeln für eine globale Soziale Marktwirtschaft. Denn auch wir werden allein mit unserer deutschen Sozialen Marktwirtschaft uns nicht weiter entwickeln können, wenn die Länder Osteuropas beispielsweise nicht solche Standards haben wie wir oder wenn England, Frankreich andere soziale Standards anlegen. Dann wird es schwierig. Und einen bestimmten Minimalkonsens brauchen wir auf der ganzen Welt.

---

---

*Prof. Dr. Dagmar Schipanski war unter anderem Kandidatin der CDU für das Amt des Bundespräsidenten, außerdem Rektorin der Technischen Universität Ilmenau, Wissenschaftsministerin und Landtagspräsidentin des Freistaates Thüringen, Vorsitzende des Wissenschaftsrates sowie Mitglied der UNESCO-Weltkommission für Ethik in Wissenschaft und Technologie.*



## Wachsender Output, wachsendes Wissen!

**Nutzen Sie die Publikationen des HWWI zu Ihrem kontinuierlichen Wissens- und Informationsgewinn. Mit diesen Veröffentlichungen bieten wir Ihnen einen umfassenden Service an wirtschafts-, gesellschafts- und umweltrelevanten Informationen.**



### **HWWI Research und Policy**

Diese internen Publikationsreihen präsentieren Forschungsergebnisse sowie praxisorientierte Entscheidungsgrundlagen.



### **HWWI Standpunkt**

Diese Beiträge, die sich vor allem an die Medien wenden, stellen kurze Meinungsäußerungen der HWWI-ForscherInnen zu aktuellen Themen und Kontroversen aus Wirtschaft und Gesellschaft dar.



### **HWWI Update**

Dieser Newsletter informiert das breite Lesepublikum über die laufenden und zukunftsweisenden Diskurse in Wirtschaftspolitik und -forschung und gibt einen Überblick über die neuesten Forschungsergebnisse und Aktivitäten des HWWI.



### **Partnerpublikationen**

Diese Studien präsentieren der Wirtschaft und Politik die Ergebnisse gemeinsamer Forschungsprojekte mit unseren Partnern.

Publikationen des HWWI finden Sie im Internet unter: [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org).

